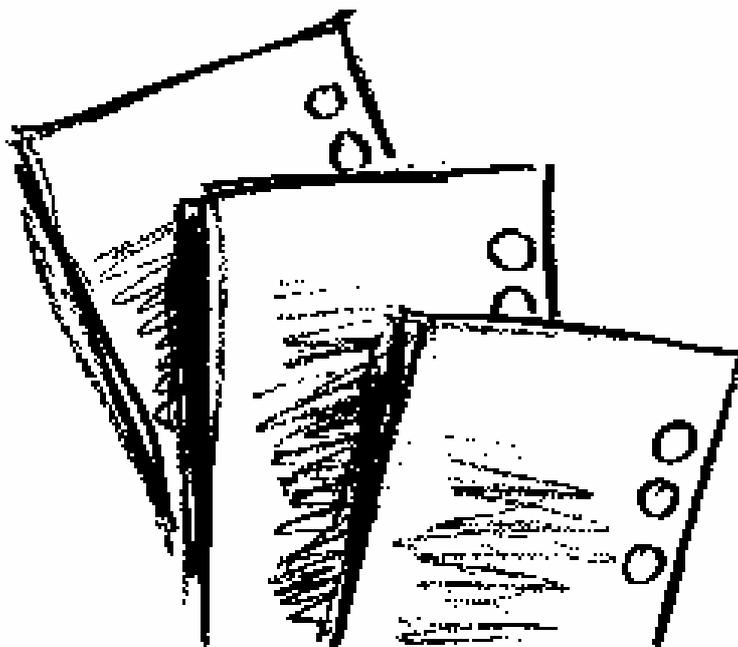


Die Wahlergebnisse vom 26. März 2006 für die Linkspartei.PDS bzw. die WASG

**Wahlnacht-Analyse von Benjamin-Immanuel Hoff
in Zusammenarbeit mit Dr. Thomas Falkner**



Inhalt

Zusammenfassender Kommentar der Ergebnisse	4
1. Keine Wechselstimmung – historisch niedrige Wahlbeteiligung	4
2. Amtsinhaber lagen vorn – FDP und Grüne verlieren an politischem Einfluss	5
3. Linkspartei.PDS und WASG knüpfen an erfolgreiche Bundestagswahl an	6
4. Union und SPD haben allein Mehrheit im Bundesrat – Einfluss auf Verfassungsänderungen können Liberale und LINKE nur gemeinsam nehmen	7
Die LT-Wahl in Sachsen-Anhalt: Rot-Rot scheitert erneut an SPD	8
1. Rückblick: Das Wahlergebnis vom 21. April 2002	8
2. Ausgangslage und Wahlkampf (Von: Dr. Thomas Falkner)	9
2.1. Politische und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen	9
2.2. Die drei großen Parteien	11
2.3. Der Wahlkampf: Blockierte Alternativen.....	14
3. Das Wahlergebnis vom 26. März 2006	16
3.1. Allgemeine Einschätzung und erste Ergebnisse	16
3.2. Das Wahlergebnis im Einzelnen	17
3.3. Die gewählten Abgeordneten und andere Ergebnisse der Linkspartei .PDS.....	20
4. Die künftige politische Entwicklung in Sachsen-Anhalt.....	21
Die LT-Wahl in Rheinland-Pfalz: Ein Achtungserfolg für die Linke	22
1. Rückblick: Das Wahlergebnis vom 25. März 2001	22
2. Ausgangslage und Wahlkampf.....	23
2.1. Wahlrechtliche Situation in Rheinland-Pfalz und Streichung der Listenplätze 8-40.....	23
2.2. Politische und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen	23
2.3. Die Parteien und der Wahlkampf: » Dr. phil. jagt Herrn Gemütlich «	25
3. Das Wahlergebnis vom 26. März 2006	27
3.1. Allgemeine Einschätzung und erste Ergebnisse	28
3.2. Das Wahlergebnis der WASG im Einzelnen	28
Die LT-Wahl in Baden-Württemberg: Im Ländle wachsen die Bäume für die Linke nicht in den Himmel	31
1. Rückblick: Das Wahlergebnis vom 25. März 2001	31
2. Ausgangslage und Wahlkampf.....	32
2.1. Wahlrechtliche Situation in Baden-Württemberg.....	32
2.2. Politische und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen	32
2.3. Die Parteien und der Wahlkampf	34
3. Das Wahlergebnis vom 26. März 2006	36
3.1. Allgemeine Einschätzung und erste Ergebnisse	36
Die Kommunalwahl in Hessen: So viel linke Kommunalpolitik war in Hessen lange nicht	40
1. Ausgangsbedingungen	40
1.1. Rückblick: Die Kommunalwahl vom 18. März 2001	40
1.2. WASG und Linkspartei.PDS im Kommunalwahlkampf Hessen.....	41
2. Das Wahlergebnis vom 26. März 2006	41
Die Autoren:	44

Tabellenverzeichnis

Tab. Vorläufige Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am 26.03.2006.....	4
Tab. Wahrscheinliche Veränderungen in der Bundesratskonstellation nach dem 26.03.2006	7
Tab. Umfragen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt seit September 2005 (in%)	10
Tab. Erst- und Zweitstimmenergebnis der Landtagswahl 2006.....	16
Tab. Wahlentscheidende Themen nach Parteien	18
Tab. WählerInnenwanderungen	19
Tab. Erst- und Zweitstimmenergebnisse der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt nach Wahlkreisen (%)	20
Tab. Umfragen zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz seit September 2005 (in%)	24
Tab. Zweitstimmenergebnis der Landtagswahl 2006.....	27
Tab. Strukturmerkmale des WASG-Ergebnisses	29
Tab. WählerInnenwanderungen	29
Tab. Erst- und Zweitstimmenergebnisse der WASG in Rheinland-Pfalz nach Wahlkreisen (in %) %).....	30
Tab. Umfragen zur Landtagswahl in BaWü seit Oktober 2005 (in%)	34
Tab. Stimmenergebnisse der WASG in Baden-Württemberg nach Wahlkreisen	38
Tab. Die Kommunalwahlergebnisse (Trend!!!) für WASG und Linkspartei im Vergleich zu 2001 und 2005	42

Abbildungen

Abb. Die WählerInnen der Linkspartei nach Altersgruppen.....	18
Abb. Die WählerInnen der Linkspartei nach Berufsgruppen.....	19
Abb. Die WählerInnen der Linkspartei nach Geschlecht etc.	19

Zusammenfassender Kommentar der Ergebnisse

Tab. Vorläufige Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am 26.03.2006

Bundesland	Einheit	Wahlbet.	Stimmenanteile 2006 ¹⁾					
			CDU	SPD	FDP	GRÜNE	WASG / PDS.Linke. ²⁾	Sonst.
Baden-Württemberg	%	53,4	44,2	25,2	10,7	11,7	3,1	5,3
Rheinland-Pfalz	%	58,2	32,8	45,6	8,0	4,6	2,5	4,9
Sachsen-Anhalt	%	44,4	36,2	21,4	6,7	3,6	24,1	8,1
Vorherige Landtagswahl ³⁾								
Baden-Württemberg	%	62,6	44,8	33,3	8,1	7,7	–	6,1
Rheinland-Pfalz	%	62,1	35,3	44,7	7,8	5,2	–	6,9
Sachsen-Anhalt	%	56,5	37,3	20,0	13,3	2,0	20,4	7,1
Veränderung gegenüber der vorherigen Landtagswahl ³⁾								
Baden-Württemberg	%	-9,2	-0,6	-8,1	2,6	4,0	3,1	-0,8
Rheinland-Pfalz	%	-3,9	-2,5	0,9	0,2	-0,6	2,5	k.A.
Sachsen-Anhalt	%	-12,1	-1,1	1,4	-6,6	1,6	3,7	1,0

1) Rheinland-Pfalz: Landesstimmen; Sachsen-Anhalt: Parteienstimmen.
2) 2002: PDS; Die Linke. ist in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2006 nicht angetreten. Die PDS ist in Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2001 nicht angetreten, in Rheinland-Pfalz nur mit Wahlkreiskandidaten, so dass keine Landesstimmen erzielt wurden.
3) Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz: 2001; Sachsen-Anhalt: 2002.

1. Keine Wechselstimmung – historisch niedrige Wahlbeteiligung

Die Erwartungen an die Gestaltungsmöglichkeiten von Landespolitik haben abgenommen. Eine Wechselstimmung war im Vorfeld des ersten Superwahlsonntages in diesem Jahr nicht auszumachen. Vielmehr dominierte rund eine Woche vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt die Unentschlossenheit. Besonders ausgeprägt in Baden-Württemberg, wo nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen 46% angaben, entweder noch keine Entscheidung getroffen zu haben oder sich ihrer geäußerten Wahlabsicht noch nicht sicher zu sein. In Sachsen-Anhalt waren es zum gleichen Zeitpunkt 39% und in Rheinland-Pfalz 33%.¹

Auch wenn die Bundespolitik bei der Wahlentscheidung nur eine nachgeordnete Rolle einnahm, machte die Große Koalition in Berlin die Unterscheidung zwischen den beiden großen Volksparteien CDU und SPD nicht einfacher. Dies verstärkte Tendenzen, der seit Jahren zurückgehenden Bindung großer Teile der Wählerschaften an einzelne Parteien sowie schwindender Polarisierung zwischen CDU und SPD in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler, was ihre Mobilisierung durch die Parteien erschwerte.²

Dem Trend abnehmender Wahlbeteiligung an Landtagswahlen war dies offensichtlich zuträglich. Das Politikinteresse der Bürgerinnen und Bürger hat deutlich nachgelassen. Mehr als 12 Millionen waren in den drei Ländern zur Stimmabgabe aufgerufen, deutlich weniger haben von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. An den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt haben sich so wenige Wähler beteiligt wie noch nie zuvor. Nachdem bei der Landtagswahl 2002 in Sachsen-Anhalt eine leichte Steigerung der Wahlbeteiligung zu konstatieren war, ging am Wahlsonntag nicht einmal mehr jeder zweite Stimmberechtigte zur Wahl - die Beteiligung lag nur bei 44,4%.

¹ Forschungsgruppe Wahlen 2006, Politbarometer-Extra zu den Landtagswahlen, http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlen_06/.

² Forschungsgruppe Wahlen 2006, ebd.

Auch in Baden-Württemberg gab es einen Negativ-Rekord. Dem vorläufigen Endergebnis zufolge gingen 53,7% der Wähler an die Urnen. Bei der letzten Wahl vor vier Jahren waren es noch knapp zwei Drittel gewesen.

In Rheinland-Pfalz lag die Wahlbeteiligung zwar höher als in den beiden anderen Ländern, doch sind auch dort noch nie zuvor so wenige Menschen zu einer Landtagswahl gegangen. Nach Angaben der Wahlforscher beteiligten sich nur 58,2 Prozent der Berechtigten am Urnengang - der tiefste Stand seit 1947. Bei der letzten Wahl waren es noch 62,1 % gewesen.

Und auch die Kommunalwahl in Hessen konnte die Menschen nicht zu einer höheren Wahlbeteiligung motivieren. Nach dem vorläufigen Trendergebnis lag die Wahlbeteiligung mit 45,6% um 7,6% unter dem Ergebnis der vergangenen Wahl. Abnehmende Wahlneigung scheint sich hier mit dem komplizierten Wahlsystem des Kumulieren und Panaschieren zu verbinden.

2. Amtsinhaber lagen vorn – FDP und Grüne verlieren an politischem Einfluss

Alle Amtsinhaber lagen, wenn auch mit deutlichen Unterschieden vor ihren Konkurrenten wenn es um die hypothetische Frage der Direktwahl des Ministerpräsidenten ging. Der Pfälzer Kurt Beck (SPD) lag mit 63% am deutlichsten vor seinem Herausforderer Christoph Böhr (CDU), der nur 20% Zustimmung erhielt. Doch auch der binnen vier Jahren zum gefühlten Landesvater avancierte Wahlsieger von 2002, Wolfgang Böhmer (CDU) konnte 48% Zustimmung zu seiner Person verbuchen gegenüber immerhin zwei Herausforderern, dem Sozialdemokraten Jens Bullerjahn (20%) und Wulf Gallert (6%) von der Linkspartei.PDS. Demgegenüber deutlich knapper war der Vorsprung von Günter Oettinger (CDU), der seit einem Jahr ohne Legitimation durch den Wähler regierte und mit 44% nur 7 Prozentpunkte vor der Sozialdemokratin Ute Vogt (37%) lag, die zum zweiten Mal als Spitzenkandidatin in Baden-Württemberg antrat.³

Die Wahlergebnisse haben diese Trends bestätigt: In allen drei Ländern konnten sich die Amtsinhaber mehr oder weniger deutlich gegenüber ihren Herausforderern durchsetzen. Zwar büßten die Unions-Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Oettinger, und Sachsen-Anhalt, Böhmer, gegenüber der letzten Wahl leicht ein, doch erreichten sie gleichwohl hervorragende Ergebnisse. Kurt Beck, alter und neuer Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz und der einzige verbliebene sozialdemokratische Regierungschef in einem westlichen Flächenland konnte bei der Landtagswahl sogar noch zulegen und darf künftig allein regieren.

Der halbherzige Versuch der FDP, mit einer Kampagne gegen die Mehrwertsteuererhöhung Stimmen zu fangen, ist nicht gelungen. Die Liberalen, obwohl in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gegenüber der vergangenen Landtagswahl gestärkt, sind der große Verlierer des Superwahlsonntags. Mit 6,6% Stimmenrückgang in Sachsen-Anhalt reicht es nicht mehr zur Regierungsbeteiligung an Elbe und Saale. Auch in Mainz ist eine Koalition mit den Liberalen nicht mehr erforderlich – das Regierungsmodell einer sozial-liberalen Koalition ist damit in Deutschland ebenso wie rot-grün von der aktuellen politischen Landkarte verschwunden.

Nachdem die Grünen in keiner Landesregierung mehr vertreten sind und auch im Bundestag nur die kleinste Fraktion stellen, ist ihr politischer Einfluss nach dem 26. März erneut gesunken. Sie konnten kaum Stimmen dazu gewinnen. In Sachsen-Anhalt verfehlen sie trotz Steigerung auf kleinem Niveau deutlich den Einzug in den Landtag. In Rheinland-Pfalz sind sie gleichfalls auf den Status einer außerparlamentarischen Opposition zurückgeworfen.

³ Forschungsgruppe Wahlen 2006, ebd.

3. Linkspartei.PDS und WASG knüpfen an erfolgreiche Bundestagswahl an

Der **Linkspartei.PDS** und der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist es gelungen, an die erfolgreiche Bundestagswahl anzuknüpfen. Sie hat gemeinsam Wahlkampf gemacht und konnte in allen drei Ländern zulegen. Die Wählerinnen und Wähler haben ein politisches Angebot honoriert, dass soziale Gerechtigkeit, Eigenständigkeit und Gestaltungswillen verbindet.

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Gregor Gysi erklärte in der Wahlnacht:

„Das Wahlergebnis für die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt ist ausgezeichnet und zeigt, dass ein klarer Kurs auch Unterstützung findet. Die SPD hat deutlich schlechter abgeschnitten, weil sie sich selbst aufgab und nur als Juniorpartner der CDU anbot. Die Linkspartei ist gut beraten, dass sie sowohl zur Übernahme von Regierungsverantwortung als auch zu verstärkter Opposition bereit und in der Lage ist. Die Ergebnisse der WASG in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sind beachtlich. Sie zeigen, welche Chancen der Entwicklung für eine gemeinsame neue Linkspartei bestehen. Diesmal haben sich noch negativ die Querschüsse der Berliner WASG und die Tatsache ausgewirkt, dass es die neue Partei der vereinigten Linken noch nicht gibt.“

Die Wahlergebnisse können als eine wichtige Weichenstellung für die Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gewertet werden. Die Linkspartei.PDS hat den Anspruch nicht nur Stichwortgeber der Großen Koalition sein, sondern will selbst offensiv Politik gestalten. Dieser Anspruch wurde in Sachsen-Anhalt von den Wählern honoriert.

Dass es in den westlichen Bundesländern für das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde nicht reichte und sich die Ergebnisse der Bundestagswahlen bei der Landtagswahl im Südwesten nicht so einfach wiederholen ließen, war seit geraumer Zeit abzusehen. Die Ergebnisse sind gleichwohl keine Niederlage.

In Baden-Württemberg wurde unter den Bedingungen eines extrem komplizierten Wahlsystems, das keine Landesliste sondern nur Einzelbewerber und damit auch nur eine Stimme pro Wählerin bzw. Wähler zulässt, ein beachtliches Ergebnis erreicht, auf dem bei der kommenden Landtagswahl aufgebaut werden kann. Bei ihrem Debüt lag die süd-westlichste WASG mit 3,1 % zwar deutlich unter der 5-Prozent-Hürde und wird dem 14. Landtag nicht angehören. Mit Stimmenanteilen von 6,9 % in den Landtagswahlkreisen Freiburg II und Mannheim I, 5,5 % in Pforzheim und 5,1 % in Aalen konnte sie jedoch in vier Wahlkreisen diese Hürde überspringen.⁴

In Rheinland-Pfalz ist nach einem schwierigen Wahlkampf in einem traditionell konservativen Flächenland ein Ergebnis oberhalb des WASG-Ergebnisses im urbanen Nordrhein-Westfalen erzielt worden. Ohne die überragende Persönlichkeit von Kurt Beck (SPD) kann angenommen werden, dass deutlich mehr SPD-Wähler vom 26. März ihre Stimme der WASG gegeben hätten. Kurz: Es zeigt sich, dass die Bäume für die LINKE im Westen immer noch nicht in den Himmel wachsen. Aus dem Status einer Splitterpartei ist die neue LINKE mit diesem Wahlergebnis jedenfalls ersichtlich hinausgetreten.

⁴ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2006, Wahl zum 14. Landtag von Baden-Württemberg am 26. März 2006. Vorläufige Ergebnisse, Stuttgart, S. 12.

4. Union und SPD haben allein Mehrheit im Bundesrat – Einfluss auf Verfassungsänderungen können Liberale und LINKE nur gemeinsam nehmen

Tab. Wahrscheinliche Veränderungen in der Bundesratskonstellation nach dem 26.03.2006

Bundesratszusammensetzung vor dem 26. März 2006									
Große Koalition		Union-Alleinregier.		Rot-Gelb		Rot-Rot		Schwarz-Gelb	
Land	Stimmen	Land	Stimmen	Land	Stimmen	Land	Stimmen	Land	Stimmen
BRB	4	BAY	6	RLP	4	BLN	4	BAWÜ	6
HB	3	HES	5			MVP	3	NDS	6
SWH	4	HH	3					NRW	6
SAC	4	SA7AR	3						
		THÜ	4						
Gesamt	15	Gesamt	21	Gesamt	4	Gesamt	7	Gesamt	22
Wahrscheinliche Bundesratszusammensetzung nach dem 26. März 2006									
Große Koalition		Union-Alleinregier.		SPD-Alleinregier.		Rot-Rot		Schwarz-Gelb	
Land	Stimmen	Land	Stimmen	Land	Stimmen	Land	Stimmen	Land	Stimmen
BRB	4	BAY	6	RLP	4	BLN	4	BAWÜ	6
HB	3	HES	5			MVP	3	NDS	6
SWH	4	HH	3					NRW	6
SAC	4	SA7AR	3						
SAA	4	THÜ	4						
Gesamt	19	Gesamt	21	Gesamt	4	Gesamt	7	Gesamt	18

Die Große Koalition auf Bundesebene verfügt auch nach diesem Wahlsonntag über keine eigenständige politisch-gleichfarbige Mehrheit im Bundesrat. Denn selbst bei einer Großen Koalition in Sachsen-Anhalt erbringen die dann fünf Länder mit einer Koalition aus CDU und SPD nur 19 Stimmen.

Rechnet man aber die wahrscheinliche Große Koalition in Sachsen-Anhalt und die neue SPD-Alleinregierung in Rheinland-Pfalz zu den Unions-Alleinregierungen, können die Parteien der Großen Koalition mit 44 Stimmen alle einfachgesetzlichen Regelungen ohne Beteiligung der Oppositionsparteien durchsetzen.

Daran werden auch die kommenden drei Landtagswahlen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen nichts ändern, denn auch bei Bestätigung der beiden rot-roten Regierungen und einem Regierungswechsel in Bremen würde SPD und CDU über die notwendigen 50%+x der insgesamt 69 Bundesratsstimmen verfügen.

Der Verlierer im Bundesratsgeschäft sind die Liberalen. Sie haben durch die Abwahl aus den Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt die Chance verloren, allein Einfluss auf Verfassungsänderungen im Bundesrat zu nehmen. Dies wird unmittelbare Wirkung bereits bei der Reform des Föderalismus haben.

Die Liberalen haben seit dem 26. März 2006 kein Drohpotenzial mehr, der Bundesstaatsreform nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, dass gleichzeitig die Bund-Länder-Finanzbeziehungen und damit auch der Solidarpakt II in Frage gestellt und neu debattiert werden.

Sie können bei der Bundesstaatsreform insoweit nur noch durch Absprachen mit der Linkspartei.PDS Einfluss auf das Bundesratsgeschehen nehmen. Es ist jedoch fraglich, ob es dafür - im Unterschied zur Mehrwertsteuerfrage – in der Bundesstaatsreform gemeinsame Ansatzpunkte gäbe.

Anzunehmen ist vielmehr, dass in Zukunft aufgrund der Stimmenverteilung - wie bei der Entscheidung zum Arzneimittelgesetz bereits absehbar - der Bundesrat weniger Ort der parteipolitischen Lagerbildung, sondern zur Arena der Länderinteressen wird. Er würde damit zu seiner eigentlichen Funktion zurückkehren. Für die Bundesregierung dürfte das Leben angesichts selbstbewusster Ministerpräsidenten dennoch nicht leichter werden.

Die LT-Wahl in Sachsen-Anhalt: Rot-Rot scheitert erneut an SPD

1. Rückblick: Das Wahlergebnis vom 21. April 2002

Die sachsen-anhaltinische Landtagswahl vom April 2002 war eine Wahl der Extreme. Noch nie zuvor hatte es in Deutschland so starke Veränderungen zwischen zwei Parteien gegeben. Während die SPD 15,9% und damit die Regierungsmehrheit verlor, konnte die CDU um 15,3% zulegen und mit der FDP, die mit 13,3% ihr Ergebnis verdreifachen konnte, eine komfortable Koalitionsmehrheit stellen. Die FDP, die fast ebenso furios in den Landtag einzog, wie einige Jahre zuvor die DVU, konnte sich insbesondere bei den jungen Wählern zu einer Art bürgerlicher Protestpartei mausern.⁵

Dramatisch stellte sich freilich auch der Einbruch bei der Wahlbeteiligung dar – nur 56,5% der Wahlberechtigten gingen an die Wahlurne. Das war ein Verlust von 16,6%.



Die SPD verlor ihre Regierungsmehrheit nicht aufgrund der Schwäche der damaligen rot-grünen Bundesregierung, sondern aus landespolitischen Gründen. Eine große Mehrzahl der Wähler (61%) begründete die Wahlentscheidung mit landesbezogenen Erwägungen. Der Großteil der Bevölkerung war mit der Arbeit der Landesregierung unzufrieden. Zwei Drittel machten die SPD-Regierung dafür verantwortlich, dass

Tab. Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 2002 – 1998 (Zweitstimmen)

Absolute Zahlen	21. April 2002		26. April 1998	
	Stimmen	Diff. zu 1998	Stimmen	
Wahlberechtigte	2.109.428	-38.937	2.148.365	
WählerInnen	1.190.831	-344.602	1.535.433	
Gültige Stimmen	1.160.985	-334.546	1.495.531	
SPD	231.732	-304.769	536.501	
CDU	433.521	104.239	329.282	
PDS	236.484	-56.991	293.475	
FDP	154.145	90.895	63.250	
Grüne	22.696	-25.846	48.542	
Rechte (Schill, DVU)	52.589	-	192.352	
Anteile	%-Stimmen	Diff. zu 1998	%-Stimmen	Diff. Zu 1994
Wahlbeteiligung	56,5	-15,0	71,5	16,6
SPD	20,0	-15,3	35,9	1,8
CDU	37,3	15,3	22,0	-12,4
PDS	20,4	0,7	19,6	-0,2
FDP	13,3	9,0	4,2	0,7
Grüne	2,0	-1,3	3,2	-1,9
Rechte (Schill, DVU)	4,5	-	12,9	-
Mandatsverteilung	Mandate	Diff. zu 1998	Mandate	Diff. zu 1994
Insgesamt	115	-1	116	17
SPD	25	22	47	11
CDU	48	20	28	-10
PDS	25	0	25	4
FDP	17	17	0	0
Grüne	0	0	0	-5
Rechte (Schill, DVU)	0	-	16	-

Anm.: 1998 – DVU, 2002 – SCHILL

Sachsen-Anhalt wirtschaftspolitisches Schlusslicht der neuen Bundesländer sei.⁶ Im Zentrum des Interesses der Bürger standen die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und in diesen Feldern beurteilte sie die Landesregierung schlecht. Die CDU lag bei sämtlichen Politikfeldern vor der SPD und hatte sie damit deutlich überbunden. Bei der Wahl 1998 lag die SPD in der Fähigkeit Arbeitsplätze zu schaffen (32%) noch deutlich vor der CDU (16%). Vier Jahre später vertrauten 33% der CDU und nur noch 12% der

⁵ Oberndörfer, Dieter/Mielke, Gerd/Eith, Ulrich 2002, Die politische Integration ist der SPD im Osten nicht gelungen, Frankfurter Rundschau vom 26.04.2002.

⁶ Infratest dimap 2002, WahlREPORT Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2002.

SPD. Beim Vertrauen in die Wirtschaftspolitik das gleiche Bild: 1998 lag die SPD bei 34%, die CDU bei 18% aber 2002 büßt die SPD ein und kommt auf 14%, die Union hingegen auf 32%.⁷

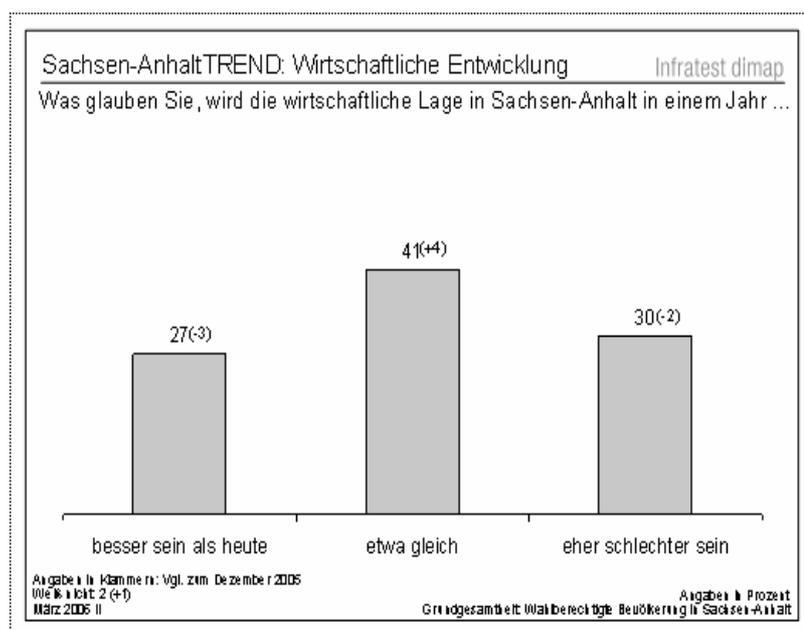
Das Vertrauen in die Fähigkeiten des bis dahin amtierenden Ministerpräsidenten Höppner war dramatisch geschwunden. Nur noch 35% hätten ihn bei einer Direktwahl gewählt, seinen Konkurrenten Böhmer präferierten hingegen 42%.⁸ Der Unionswahlsieg war denn auch weniger dem Vertrauen in christdemokratische Fähigkeiten als vor allem der Person Prof. Böhmer geschuldet. Er konnte in den letzten Wochen vor der Wahl erheblich an Kompetenz gewinnen und Zukunftsvertrauen ausstrahlen, während nur ein Drittel der Wähler davon ausging, die CDU könnte die Probleme des Landes besser bewältigen.⁹ Die Persönlichkeit Böhmer ergänzte sich erfolgreich mit der FDP-Spitzenkandidatin Pieper, der 70% der FDP-Wähler große Kompetenz zuschreiben und die immerhin jeden fünften FDP-Wähler zur Stimmabgabe motivierte. Die FDP konnte in besonderer Weise die Jung- und Erstwähler ansprechen.

Die PDS wurde trotz achtjähriger Tolerierung der SPD-Regierungen nicht in den sozialdemokratischen Abwärtsstrudel gerissen, sondern verbesserte sich leicht um 0,7% auf 20,4% und ging damit hauchdünn vor der SPD als zweitstärkste Partei ins Ziel. Auch sie verlor Wählerinnen und Wähler ins Nichtwählerlager, konnte gleichzeitig aber 22.000 SPD-Wähler und 12.000 frühere DVU-Wähler binden. Die Hoffnung der SPD auf eine „Entzauberung“ des stillen Partners durch Einbindung in Form der Tolerierung erfüllte sich nicht. Gleichwohl wurde das Wahlergebnis innerhalb der PDS mehrheitlich als Niederlage begriffen und interpretiert. Dies lag weniger an einer ernsthaften Betrachtung, wie andere Analysen verdeutlichten¹⁰ der realen Wahlergebnisse, sondern einer Erstarrung der PDS in Frontstellungen und Formelkompromissen, die ein halbes Jahr später in die Abwahl aus dem Bundestag mündeten.

2. Ausgangslage und Wahlkampf (Von: Dr. Thomas Falkner)

2.1. Politische und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen

Sachsen-Anhalts Entwicklung stagniert auf einem ökonomisch und sozial unakzeptablen Niveau. Durchaus vorhandene Erfolge, die ihre Wurzeln zu einem großen Teil bereits in den 90er Jahren haben (von der Förderung des Chemie-Dreiecks durch Helmut Kohl bis hin zur Infrastruktur- und Ansiedlungspolitik der PDS-tolerierten Höppner-Regierung) bleiben eingekapselt und entwickeln eine viel zu geringe Strahlkraft. Die Abwanderung ist hoch, die Kinderzahl gering – so ist z. B. die Landeshauptstadt Magdeburg die deutsche Großstadt mit der geringsten



⁷ Forschungsgruppe Wahlen 2002, Desaster der SPD führt zum Regierungswechsel, Quelle

⁸ Infratest dimap 2002.

⁹ Infratest dimap 2002.

¹⁰ Sitte, Petra 2002, Die Qual mit der Wahl?, Manuskript, Magdeburg.

Geburtenrate. Die kulturelle und soziale Spaltung schreitet voran, Deklassierung und Degeneration drohen, die Entfremdung zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern wie die Entfremdung der Bürgerinnen und Bürgern von Institutionen und Ritualen der Verfassungswirklichkeit und der Wirtschaftsordnung nehmen zu. Das Land bleibt auf absehbare Zeit auf Transfers von außen angewiesen – und zugleich gehen die Ressourcen in den nächsten anderthalb Jahrzehnten dramatisch zurück.

Zu beachten ist, dass das "gesellschaftliche Bewusstsein" noch negativer ist als das "gesellschaftliche Sein" - es wirkt negativ auf die Realentwicklung zurück. Im Land wirken bestenfalls regionale oder lokale Identitäten; als Ganzes hat Sachsen-Anhalt keine eigene positive Identität – weder historisch gewachsen noch in der Nachwendezeit entstanden. Im gemeinsamen Bewusstsein vom Land Sachsen-Anhalt dominiert – anders als in Sachsen – die Erfahrung vom Zusammenbruch der im 20. Jahrhundert entstandenen und prägenden industriegesellschaftlichen Strukturen. Auch große Teile Sachsens-Anhalts gehörten zum Kern des einst starken mitteldeutschen Industriereviere – doch während die Bevölkerung Sachsens attestiert, an diese Tradition angeknüpft zu haben, wird dies für Sachsen-Anhalt nicht so gesehen.

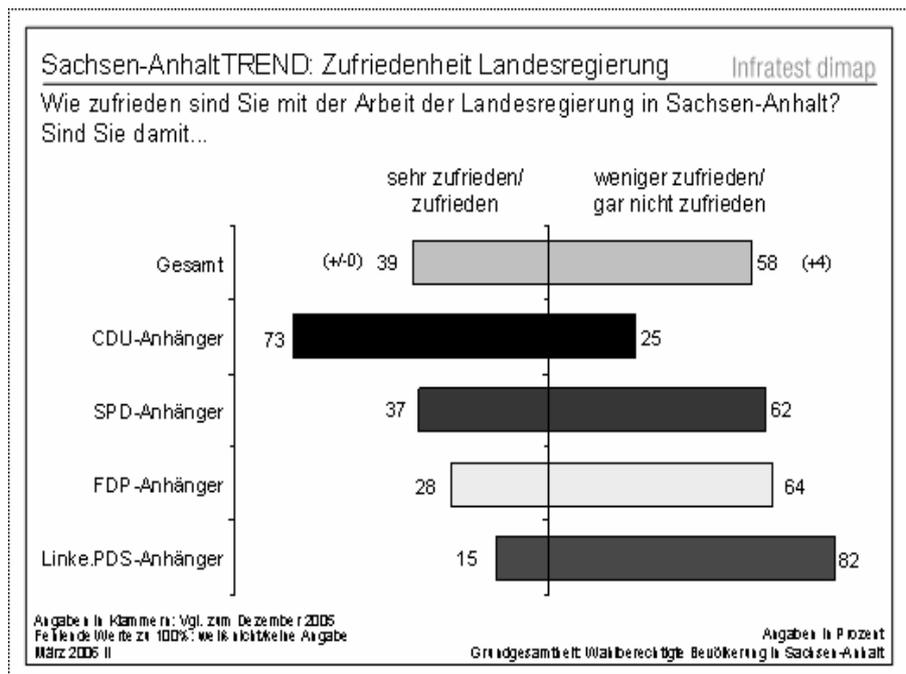
Tab. Umfragen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt seit September 2005 (in%)

Institut	Datum	CDU	SPD	Grüne	FDP	PDS	Sonstige
Emnid	21.03.2006	36	25	4	6	22	7
Forschungsgr. W.	17.03.2006	37	23	4	6	23	7
Infratest dimap	16.03.2006	36	26	4	6	23	5
IfM Leipzig	14.03.2006	38	25	3	6	23	5
Infratest dimap	02.03.2006	36	27	4	6	22	5
IWD	28.02.2006	38,1	26,9	3,4	6,4	19,2	6
Infratest dimap	02.02.2006	33	29	3	6	23	6
Infratest dimap	15.12.2005	31	30	2	6	27	4
dimap	25.11.2005	33	25	4	9	25	4
IWD	05.09.2005	26,6	28,1	3,3	6	30	6

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen-anhalt.htm>

Die seit 2002 amtierende Mitte-Rechts-Koalition aus CDU und FDP hatte bereits seit März 2004 in den – sporadisch und nicht immer von bundesweit bekannten Instituten erhobenen – Umfragen keine Mehrheit mehr.

Die politischen Stimmungen schwanken in Sachsen-Anhalt seit den 90er Jahren besonders stark – gleichwohl liegt die (Linkspartei.)PDS seit einigen Jahren im Trend stabil über 20%, teils deutlich darüber (26% bis knapp über 30%). Jeder der drei großen Parteien – SPD, Linke, CDU – konnte zugetraut werden, am Wahltag stärkste Partei zu werden. Von den kleineren Parteien kämpfte die FDP nach einem zweistelligen Ergebnis 2002 jetzt – aussichtsreich – um den Wiedereinzug in den Landtag; die Grünen, die erstmals 1998 nach der von der PDS tolerierten rot-grünen Minderheitsregierung an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, hat-



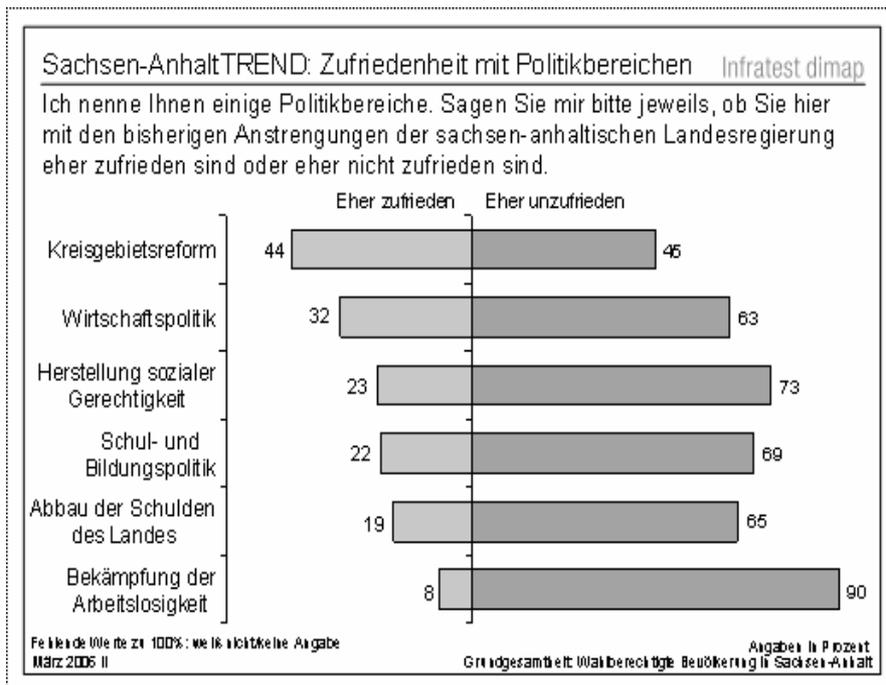
ten den Umfragen zufolge auch diesmal eher keine Chance.

Sozialstrukturell dominieren im Elektorat jene Gruppen, die SPD und Linkspartei tragen. Die entscheidende Frage war, wie weit es gelingen würde, sie politisch zu aktivieren – oder ob sie in Resignation, Abwanderung etc. verfallen. Die Frage nach dem Stellenwert des Sozialen, die in Deutschland nahezu alle Wahlen der letzten Jahre bestimmt hat, stand auch im März 2006 auch hinter der Wahlentscheidung in Sachsen-Anhalt: als Frage nach den Existenz- und Lebensmöglichkeiten im Lande.

Angesichts der beschriebenen Stimmungslage, angesichts der Tatsache, dass viele Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalt innerlich bereits abgeschrieben haben, und angesichts des wenig zugespitzten, themenarmen Wahlkampfes war jedoch mit einer eher geringen Wahlbeteiligung zu rechnen.

2.2. Die drei großen Parteien

Die **CDU** im Lande bezieht ihre Stärke vor allem aus der Person des Ministerpräsidenten Prof. Wolfgang Böhmer; er ist die unangefochtene und unerreichte Führungsfigur in seiner Partei. Auch er gibt sich ein unideologisches, pragmatisches Image im Land und gegenüber der eigenen Bundespartei; er agiert offen aus seiner ostdeutschen Herkunft heraus, ohne die Dinge zu stilisieren oder vordergründig zu instrumentalisieren. Die Regierung Böhmer hat sich dem Vorwurf entziehen können, sie betreibe eine "neoliberale Kahlschlag-Politik – das gelang auch in der Bedrängnis im Zusammenhang mit dem Volksentscheid in Sachen Kinderbetreuung Anfang vergangenen Jahres.



Die Regierung Böhmer reklamiert für sich, das Land von der Position der "Roten Laterne" (Wahlkampf-Slogan von 2002) befreit zu haben, ohne jedoch auf einen tatsächlichen gesellschaftsstrategischen oder auch nur wirtschaftlichen Durchbruch verweisen zu können.

Bei den letztlich minimalen Verschiebungen im Ranking der Bundesländer verweist die Regierung gern darauf, dass die "Rote

Laterne" nunmehr von rot-rot regierten Ländern übernommen worden sei.

Unbeschadet des paternalistischen Stils und der tatsächlichen Autorität Böhmers wurde in den Monaten vor der Wahl deutlich, dass CDU und FDP insbesondere bei meinungsführenden Schichten im Lande – öffentlicher Dienst, Lehrer, Polizei, Ehrenamt, Gewerkschafter und auch regionale Unternehmer – vor allem wegen ihrer Dialogunfähigkeit bzw. -unwilligkeit in Misskredit geraten waren.

Die **SPD** war bei der Bundestagswahl im September 2005 stärkste Partei im Land; die Gründe für ihre herben Verluste von 2002 – der zum damaligen Wahltermin noch äußerst negative Bundestrend und im Lande der Autoritäts- und Popularitätsverlust von MP Reinhard Höppner – schienen überwunden. Die personelle und inhaltliche Erneuerung war weitgehend vollzogen: Mit Jens Bullerjahn betrat in der SPD – wie mit Wulf Gallert bei der Linken – nicht nur eine neue politische Generation die Bühne, sondern setzte sich eine eher pragmatische und unideologische Linie durch, die die Tolerierungserfahrung der Jahre 1994 bis 2002 wie auch die kritische gesellschaftliche Lage im Land ernsthaft aufgearbeitet und zu neuen strategischen Schlussfolgerungen gefunden hat. Bullerjahn wie Gallert waren als Parlamentarische Geschäftsführer ihrer Fraktionen die Manager des Tolerierungsmodells – beide standen sie jetzt für einen illusionslosen, auf die Mobilisierung der eigenen Potenziale und auf politische Eigenständigkeit zielenden Kurs.

Bullerjahns bundespolitisches Gewicht ist zudem nach dem Führungswechsel innerhalb der SPD gewachsen (u. a. jetzt Vorsitz beim Ost-Forum). Er kommt nicht aus der engeren Umgebung des neuen Vorsitzenden Platzeck, hat jedoch als erster (SPD-)Politiker aus der vorderen Reihe mit seinem bundesweit beachteten Strategiepapier vom März 2004 ("Sachsen-Anhalt 2020 - Einsichten und Perspektiven") nicht nur vor dem Scheitern des "Aufbaus Ost" gewarnt, sondern begonnen, aus der gesellschaftlichen Krise des Landes andere strategische Optionen abzuleiten. Mit großem Nachdruck verweist Bullerjahn seither immer wieder auf zwei wesentliche Faktoren für die Entwicklung des Landes: abnehmende Bevölkerung und zurückgehende öffentliche Finanzmittel. Diesen Rahmenbedingungen müsse sich realistische Politik stellen.

Bullerjahns Papier führte zunächst dazu, dass die demokratischen Parteien und die politische Klasse des Landes über längere Zeit eine „Zukunftsdebatte“ führten – sie war von der PDS schon in der zweiten Hälfte der 90er Jahre immer wieder gefordert und auch im Landtag angestoßen worden, erlangte jedoch erst seit der Präsentation des Bullerjahn-Papiers gesellschaftliche Relevanz.

Im Wahlkampf vermochte es die SPD jedoch nicht, aus ihrem Vorstoß und auch der Aufwertung ihres Spitzenkandidaten neue Kraft zu gewinnen. Das lag zum einen daran, dass sie – das war die Kehrseite der Medaille – mit dem Bullerjahn-Papier landespolitisch in die Falle des Überbringers der schlechten Nachrichten geraten waren. Andererseits – und das war für die SPD das größere Problem – hatten sich Bullerjahn und sein Team auch nicht an der Suche nach einem neuen Leitbild (wie Platzecks Finnland-Option) beteiligt, so dass für den Wahlkampf die inhaltliche Untersetzung und Mobilisierung fehlte.

Die **Linkspartei.PDS** beteiligte sich ab Anfang Oktober 2005 mit einem eigenständigen, von ihrem Spitzenkandidaten Wulf Gallert präsentierten Zukunftspapier unter dem Titel „Sachsen-Anhalt 2020 – Innovation und soziale Gestaltung“. Das Papier fand eine aufgeschlossene öffentliche Aufnahme – auch in den Medien; es schlossen sich in den darauf folgenden Monaten einige Dutzend Gespräche mit Meinungsführern aus Gesellschaft und Wirtschaft an.

Die Linke hatte versucht, ein wesentliches Defizit der Zukunftsdebatte deutlich zu machen und zu schließen: Die Debatte war zu sehr von der weitestgehend einvernehmlichen Analyse der äußerst problematischen Ausgangslage des Landes bestimmt; tatsächliche Gestaltungsoptionen und politische Handlungsvarianten hingegen spielten auch nach Vorlage der Wahlprogrammmentwürfe der Parteien keine wirklich dominierende Rolle. Die Linkspartei.PDS freilich untersetzte für sich im Wahlkampf ihren Anspruch und ihre Fähigkeit, Innovation mit sozial verantwortlicher Gestaltung zu verbinden und so einen neuen Entwicklungspfad für das Land zu eröffnen. Dabei stützte sie sich ihrerseits auf eine langjährige strategische Debatte, die im September 2004 mit dem Leunaer Parteitag und dem dort formulierten und beschlossenen Innovationsansatz zu einem vorläufigen Abschluss kam und damit zugleich die inhaltlichen Grundlagen für den Wahlantritt legte. Kern dieses Ansatzes ist ein weit reichender Paradigmenwechsel:

- Von der nachsorgenden Sozialpolitik zu einer vorsorgenden Gesellschaftspolitik. Die Politik soll aus der Falle heraus kommen, mit hohem Aufwand und mit immer geringerem Effekt jene Wunden in der Gesellschaft heilen zu müssen, die sie zuvor mit einem Festhalten an überlebten Strukturen und mit Reformen in der falschen Richtung selbst geschlagen hat.
- Nicht Kopie, sondern Innovation – in allen Bereichen: von den wirtschaftlichen bis zu den sozialen Technologien. Nicht blinde Verteidigung überlebter Strukturen und nicht Wunderglaube an einen ungezügeltten Kapitalismus, sondern eine neuartige Kombination der verschiedenen Entwicklungspotenziale.
- Umschwenken von alleiniger staatlicher Verantwortung zu einem kooperativen Stil, zu Akteursbündnissen aus Politik, Bürgergesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft. Für einen Wandel der Institutionen – statt bürokratischer Bevormundung gesellschaftliche Innovation – und einen Wandel der Mentalitäten – statt Abwarten Aktivität.

Daraus leiteten sich die inhaltlichen Grundzüge der Wahlkampagne der Linkspartei.PDS ab:
Ziel: „Ich will bei der Landtagswahl erreichen, dass Zukunft und soziale Gerechtigkeit tatsächlich zusammen kommen, dass die Würde aller Menschen, auch die der Arbeitslosen und Benachteiligten, ins Zentrum der Politik rückt.“ (Wulf Gallert)

Bilanz am Ende der vierjährigen CDU-Regierungszeit:

- Mehr als ein Viertel aller Kinder leben hierzulande in Armut.
- Beim Bildungsmonitor Deutschland sind wir 2005 wieder auf den letzten Platz gerutscht.
- Nirgendwo in Deutschland ist die Zahl der Erwerbstätigen so stark gesunken wie in Sachsen-Anhalt.

Der alternative Ansatz der Linkspartei.PDS:

- „Wir sorgen dafür, dass für alle der Weg zu guter Bildung und Ausbildung in unserem Land offen steht - von der Kita bis zur Hochschule, unabhängig vom Einkommen, bei individueller Förderung. Wir werden keine Schulen zerschlagen, aber die Grenzen zwischen ihnen durchlässig machen. Chancen für alle – und zwar zur rechten Zeit für die einzelnen, nicht frühzeitig um jeden Preis!
- Wir stellen gesetzliche Mindestlöhne gegen das Lohndumping – und Hartz IV muss überwunden werden: Wenn man die Gelder im Interesse der Betroffenen bündelt, kann man aus Ein-Euro-Jobs reguläre Arbeitsplätze machen – sozialversicherungspflichtig und auf Mindestlohnhöhe. Damit soll Sachsen-Anhalt anfangen; dafür soll es – gemeinsam mit Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – im Bund eintreten.
- Wir wollen Bürgernähe, Solidarität und Transparenz durchsetzen. Wir wollen einen handlungsfähigen und effizienten Staat, in dem die Bürger das Sagen haben, einen Staat, der das Notwendige für alle leistet, der anregt und fördert und der Leistungspotenziale zusammenführt. Mehr direkte Bürgerbeteiligung, mehr Volks- und Bürgerentscheide! Und: Wir sind die einzige Partei, die konsequent für die öffentliche Daseinsvorsorge und gegen Privatisierungswahn auftritt.“

Mit diesen Themen im Zentrum führte die Linkspartei.PDS einen Wahlkampf, der dafür auch auf die Übernahme von Regierungsverantwortung zielte. Entsprechend konzentrierte man sich auf die Auseinandersetzung zwischen den drei großen Parteien im Land – Union, SPD, Linke.

Im Ergebnis des Wahlkampfes zogen die Umfragedaten für die Linkspartei.PDS wieder an; der Wunsch nach einer Regierung mit PDS-Beteiligung wurde zwei Wochen vor der Wahl von 35 Prozent der Befragten (infratest) geäußert. Die Bekanntheit des Spitzenkandidaten Gallert schoss von 8 Prozent im Herbst 2005 auf zuletzt 62 Prozent hoch.

2.3. Der Wahlkampf: Blockierte Alternativen

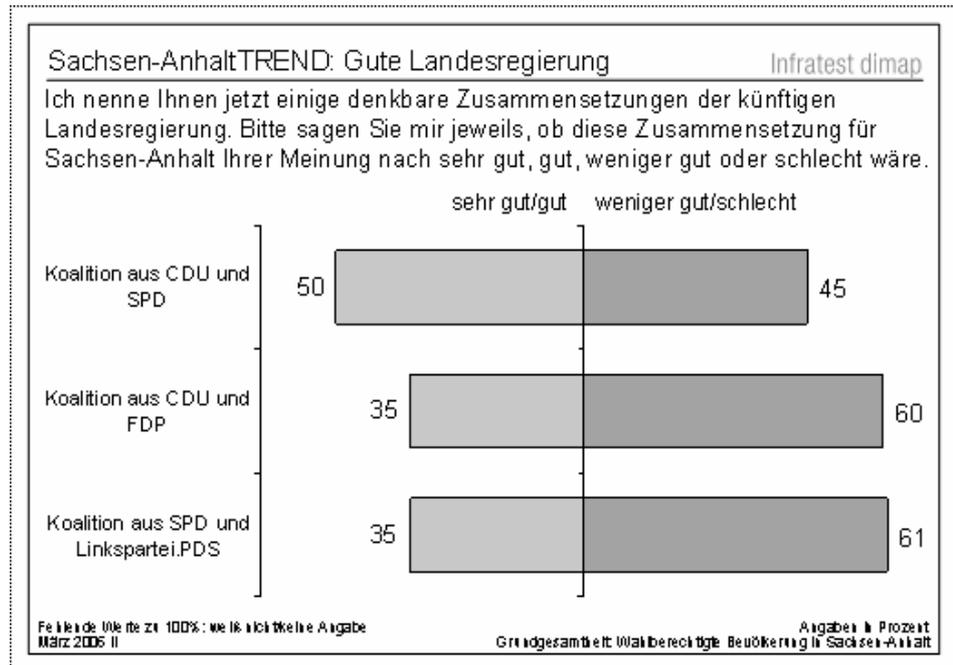
Alles in allem lief der Wahlkampf bereits seit Präsentation der Bullerjahn-Studie. Gleichwohl ist er im herkömmlichen Sinne nie richtig in Gang gekommen. Es gab keine bewegenden, keine polarisierenden Themen. (Das hängt auch mit der oben beschriebenen Lage sowie mit der Tatsache zusammen, dass angesichts dessen die in Wahlkämpfen übliche Behauptung der einzelnen Parteien,

nur mit ihnen sei die Welt zu retten, während sie unter der Herrschaft der jeweils anderen untergehen werde, in Sachsen-Anhalt in besonders ausgeprägter Weise als unglaublich und abstoßen empfunden werden würde. Das hängt auch mit einer besonders ausgeprägten demokratischen Kultur des gegenseitigen Respekts und der Nüchternheit zusammen. Dazu kommt, dass sich die demokratischen Parteien auf einen Wahlkampf untereinander verständigt hatten, der so gestaltet werden sollte, dass gemeinsam der Einzug der Rechtsextremen in den Landtag verhindert werden kann.

Dazu kam ein weiterer, entscheidender Fehler der SPD, der Wahlkampf und Wahlausgang prägte: Rot-Rot war bis Anfang 2006 für alle Seiten eine der denkbaren Regierungskonstellationen – jedoch nicht die einzige und nicht um jeden Preis.

Die SPD strebte im (Vor-)Wahlkampf danach, Rot-Rot und Rot-Schwarz (bei leichter Bevorzugung von Rot-Schwarz) in ausgewogener Balance zu halten; die Linkspartei.PDS strebte – mit eigenem MP-Kandidaten (Gallert) – Regierungsverantwortung an, jedoch gebunden an die Möglichkeit, einen Kurswechsel in Richtung Innovation und soziale Gestaltung einleiten zu können. Im Januar 2006 kam es jedoch mit der klaren Absage Bullerjahns an eine rot-rote Koalition und seinem eindeutigen Kooperationsangebot an die Union zur Spaltung der Opposition. Mehr noch: Bullerjahn hatte seine SPD aus dem Rennen der großen Parteien heraus genommen – er konkurrierte jetzt mit der FDP um die Gunst der Union. Das war für ihn und die Sozialdemokraten schädlich – für die Opposition insgesamt war es aber auch schädlich, weil er mit diesem Kurs letztlich der Union bestätigte, eine gute Arbeit geleistet zu haben. Das wiederum steht aber im Widerspruch zur der Tatsache, dass die Regierung keine Mehrheit mehr findet. Entsprechend wurde Bullerjahns Option auch in den eigenen Reihen von mehr als der Hälfte nicht unterstützt. (mdr-Umfrage Februar 2006)

Die Ersetzung einer zur Ablösung reifen Regierung durch eine rechnerisch mehrheitsfähige und programmatisch kompatible Opposition wurde aus der Opposition selbst heraus unterbunden – das ist das prägende Muster für Wahlkampf und Wahlentscheidung gewesen. Damit waren Konstellations- und Koalitionsfragen zum einzigen wirklichen Thema des Wahlkampfes geworden – und das auf die denkbar destruktivste Weise.



Bundespolitische Themen spielten in diesem Wahlkampf nicht die Hauptrolle – etwa 40 Prozent der Wählerinnen und Wähler gaben an, sich vor allem von der Bundespolitik leiten zu lassen. 60 Prozent nannten die Landespolitik als entscheidend.

Es gibt im Bund eine Große Koalition und eine starke Linksoption – eine Konstellation, in der die Hardcore-Sanierer und –Reformierer beider großer Parteien - zumindest momentan - weitgehend sozial domestiziert erschienen. Die CDU macht „sozialdemokratische“ Politik – nur in ruhigerem Fahrwasser und handwerklich sauberer; die als bedrohlich empfundenen Ansätze von Frau Merkel aus dem Bundestagswahlkampf fanden sich in der Koalitionsvereinbarung und im Regierungshandeln der ersten Zeit nicht in dem befürchteten Ausmaß wieder. Und wenn soziale Einschnitte vorgenommen wurden, dann profilierte sich die SPD als Vorreiter – wie etwa bei der Rente ab 67. Dieser Zustand konnte in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler den Druck reduzieren, klare Zeichen von links zu setzen; wo mit der Großen Koalition in Berlin abgerechnet werden sollte, ging das vermutlich zu Lasten der SPD ab.

Zur Schwächung der Opposition gegenüber einer zur Ablösung reifen Regierung gehört auch die Krise der **WASG** in Sachsen-Anhalt, aber auch in anderen Bundesländern. Die damit verbundenen schlechten Schlagzeilen schaden natürlich der Linkspartei.PDS – und zwar im doppelten Sinne: Sie zerstörten den Mythos vom starken gemeinsamen Linksprojekt, der die Zustimmung von knapp neun Prozent der Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl im September 2005 getragen hatte – und eine weiteres Konstellationsthema konkurrierte mit dem Bemühen der Linkspartei.PDS, mit sachlichen politischen Alternativen in die Öffentlichkeit zu kommen und für einen Wechsel zu werben.

Im Januar 2006 war es bei der WASG auf einem turbulenten und in der Presse ausführlich dargestellten Landesparteitag zur Spaltung gekommen; der kooperationsfreudige Landesvorstand um die Vorsitzende Dolores Rente wurde abgewählt.

Anders als in Berlin geben hier nicht unbedingt die AktivistInnen linker Splittergruppen den Ton an, sondern dominieren schwer nachvollziehbare innerparteiliche Machtkonflikte, die wiederum von politischen zweifelhaften Personen, teils mit schillernden politischen Biografien (incl. Schill-Partei), geschürt werden. Eine Hinwendung relevanter Teile der WASG¹¹ zur ÖDP, der Familienpartei oder ähnlichen Gruppen wurde diskutiert.

Sachsen-AnhaltTREND: Parteikompetenzen Infratest dimap

Ich nenne Ihnen jetzt einige Probleme, die Sachsen-Anhalt betreffen. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Probleme in Sachsen-Anhalt zu lösen.

Kompetenteste Partei fett gedruckt	CDU	SPD	Linke	FDP	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt voranbringen	43	22	5	4	1	23
Eine gute Finanz- und Steuerpolitik betreiben	35	21	8	7	-	27
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	20	33	20	3	2	20
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	23	30	15	5	2	24
Eine gute Ausländerpolitik betreiben	26	28	9	4	4	23
Abwanderung aus Sachsen-Anhalt stoppen	27	19	8	3	1	40
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	32	19	6	5	1	35
Zukunftsprobleme Sachsen-Anhalts lösen	29	26	9	3	1	30

März 2006 II Angaben in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Sachsen-Anhalt

Auf der Grundlage eines WASG-Schiedsgerichtsspruches kam der abgewählte Landesvorstand um Dolores Rente im Februar 2006 wieder ins Amt – allerdings nur befristet. Schon zuvor hatte er begonnen, sich mit einer Unterschriftensammlung unter eine politische Erklärung, die eindeutig für

den Parteibildungsprozess und für die aktive und offensive Unterstützung der Linkspartei.PDS bei den Landtagswahlen Stellung bezog, der Mehrheit der WASG-Mitglieder im Lande zu versichern. Das gelang auch. In der Woche vor der Wahl wurde jedoch bekannt, dass

¹¹ Insgesamt verfügt die WASG in Sachsen-Anhalt derzeit über höchstens ca. 180 Mitglieder.

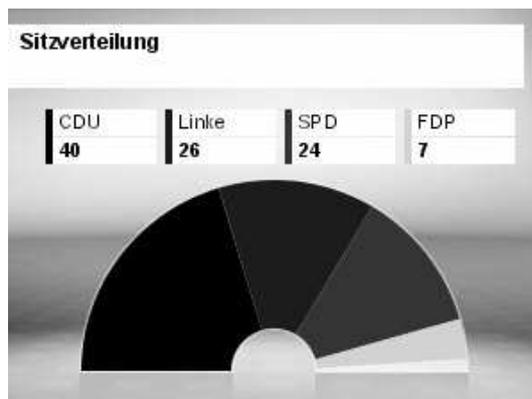
der Schiedsspruch zugunsten des Vorstandes um Frau Rente nur befristet galt – für den Tag nach der Wahl sah sich der im Januar gewählte Vorstand um Herrn Guhla wieder im Amt. Insbesondere Guhla selbst entfaltete vor diesem Hintergrund neue Aktivität und erlangte auch Aufmerksamkeit in den Medien. Auf einer Wahlveranstaltung der Linkspartei.PDS rief er offen dazu auf, der Linken die Zweitstimme zu verweigern, damit Frau Rente nicht in den Landtag komme. In einer Rundmail an die WASG-Mitglieder in Sachsen-Anhalt erklärte er, ihnen werde keine Empfehlung für die Landtagswahl gegeben. "Sie sind in ihrer Entscheidung frei." Allerdings: Ein Wahlkampf für die PDS werde "nicht empfohlen".¹²

3. Das Wahlergebnis vom 26. März 2006

Tab. Erst- und Zweitstimmenergebnis der Landtagswahl 2006

	Landtagswahl 2006		Gewinn Verlust zu 2002	Vergleichswahlen		
				LTW 2002	LTW 1998	BTW 2005
Erststimmen						
Absolute Zahlen	Stimmen	in %	in %	in %		
Wahlberechtigte	2.078.671					
WählerInnen	923.282	44,4	-12,0	56,5	71,5	71,0
Gültige Stimmen	895.758	97,0	-0,2	97,2	95,7	97,7
CDU	318.555	35,6	-2,6	38,2	27,0	27,9
Die Linke.PDS	225.758	25,2	4,2	21,0	23,3	25,5
SPD	209.181	23,4	2,0	21,3	39,4	35,1
FDP	67.976	7,6	-5,5	13,1	6,0	5,0
Zweitstimmen						
Absolute Zahlen	Stimmen	in %	in %	in %		
Gültige Stimmen	902.205	97,7	0,2	97,5	97,4	97,9
CDU	326.712	36,2	-1,1	37,3	22,0	24,7
Die Linke.PDS	217.285	24,1	3,7	20,4	19,6	26,6
SPD	192.754	21,4	1,4	20,0	35,9	32,7
FDP	60.207	6,7	-6,6	13,3	4,2	8,1

3.1. Allgemeine Einschätzung und erste Ergebnisse



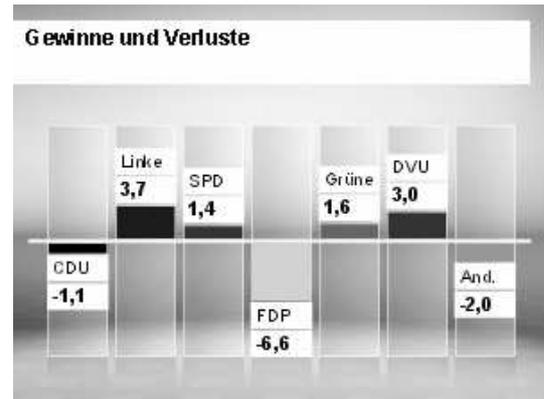
Die CDU unter Ministerpräsident Böhmer wird mit Abstand stärkste Kraft vor der Linke.PDS und der SPD. Die FDP wurde gerupft und sowohl Grüne als auch DVU gehören dem kommenden Landtag, der erstmals für fünf Jahre gewählt wurde, nicht an.

Somit wird es in Sachsen-Anhalt erneut einen Regierungswechsel geben. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis verlor die christlich-liberale Koalition ihre Mehrheit. Die CDU erreichte zwar mit rund 36 Prozent der Stimmen ihr Ergebnis von

2002 und bleibt stärkste Kraft im Land. Dagegen verlor die FDP fast die Hälfte ihrer Wähler und kommt nur auf knapp sieben Prozent der Stimmen. Damit nehmen die beiden Regierungsparteien im künftigen Landtag zusammen 47 Sitze ein.

¹² Volksstimme, 23. Mrz. 2006, http://www.volksstimme.de/vsm/nachrichten/sachsen_anhalt/?em_cnt=59400.

Dass es für Schwarz-Gelb eng werden könnte, zeichnete sich bereits in den Wochen vor der Landtagswahl ab: Zuletzt hatten sich lediglich 17 Prozent für eine Fortführung von Schwarz-Gelb ausgesprochen, aber 32 Prozent für eine große Koalition, und weitere 14 Prozent für eine rot-rote Koalition (weiß nicht: 22 Prozent). Direkt vor die Wahl gestellt, wünschten sich 65 Prozent lieber einen Regierung aus CDU und SPD, und 29 Prozent eine Regierung aus SPD und Linke.PDS.



Ihre Überlegenheit verdankt die CDU neben der günstigen Bundesstimmung vor allem dem Amtsbonus ihres Spitzenkandidaten. So sprachen sich im direkten Kandidatenvergleich 46 Prozent für den amtierenden Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer (CDU) aus, aber nur 21 Prozent für Jens Bullerjahn (SPD). Den Spitzenkandidaten der Linke.PDS, Wulf Gallert, wollten zehn Prozent als Ministerpräsidenten.

Eine gute Regierungsarbeit bescheinigten Böhmer 68 Prozent, darunter auch 70 Prozent der SPD-Anhänger. Dies ist der markanteste Unterschied zur Wahl vor vier Jahren, bei der insbesondere der vormals beliebte Ministerpräsident Höppner abgewählt wurde. Insgesamt gesehen konnte Böhmer sein Persönlichkeitsprofil im Vergleich zur Wahl 2002 etwas schärfen und schnitt in allen Belangen besser ab als sein Kontrahent von der SPD.¹³

Die DVU kam nicht in den Landtag, sondern verfehlte mit 3,0% der Stimmen den Einzug klar.

3.2. Das Wahlergebnis im Einzelnen

a) Themen und Themenkompetenz

In zentralen Bereichen wie der Schaffung von Arbeitsplätzen, Wirtschaft und Finanzen erzielt die CDU einen zum Teil erheblichen Kompetenzvorsprung vor den Sozialdemokraten, wobei jeweils rund ein Drittel keiner Partei eine Problemlösung zutraut. Die CDU profitiert in diesem Zusammenhang auch von der, im Vergleich zu 2002, jetzt positiver wahrgenommenen wirtschaftlichen Situation.

Als wahlentscheidende Themen nannten die Wähler/innen laut Infratest dimap:

- Wirtschaftspolitik (38%)
- Arbeitsmarktpolitik (32%)
- Soziale Gerechtigkeit (31%)
- Bildungspolitik (16%)

Die Diskrepanz zwischen der Kompetenzzuschreibung für die Linkspartei.PDS ist weiterhin augenfällig. Während die Linke beim Themenfeld „Soziale Gerechtigkeit mit 54% deutlich vor SPD (40%) , CDU (16%) und FDP (13%) führt, liegt sie beim Themenfeld Wirtschaftspolitik mit 19% nicht nur knapp 40 Prozentpunkte hinter der Union, sondern sogar noch hinter den Grünen, denen immerhin 20% zwar Kompetenz in der Wirtschaftspolitik zutrauten, sie aber im Landtag nicht vertreten sehen wollten.

Entsprechende Schwerpunkte setzten die Linkspartei-WählerInnen deshalb auch bei der Definition der aus ihrer Sicht wahlentscheidenden Themen. Im Zentrum stand soziale Gerechtigkeit (54%), auf Platz zwei folgt die Arbeitsmarktpolitik (37%) und dann erst die Wirtschaftspolitik mit 19%. Bildungspolitik folgt auf Platz 4 mit 16%.

¹³ Forschungsgruppe Wahlen 2006, Erste Wahlanalyse Sachsen-Anhalt: CDU weiter stärkste Kraft, http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/LTW_Anha06/

Tab. Wahlentscheidende Themen nach Parteien

Themen	CDU	Die Linke.PDS	SPD	FDP	Grüne
Wirtschaftspolitik	60	19	26	54	20
Arbeitsmarktpolitik	32	37	27	33	
Soziale Gerechtigkeit	16	54	40		28
Bildungspolitik	12	16	20	15	22
Umweltpolitik					65
Steuerpolitik				23	

Für die WählerInnen der Linkspartei standen das Programm (63%), danach die langfristige Parteibindung (21%) und erst an dritter Stelle der Kandidat (12%) im Mittelpunkt der Wahlentscheidung.

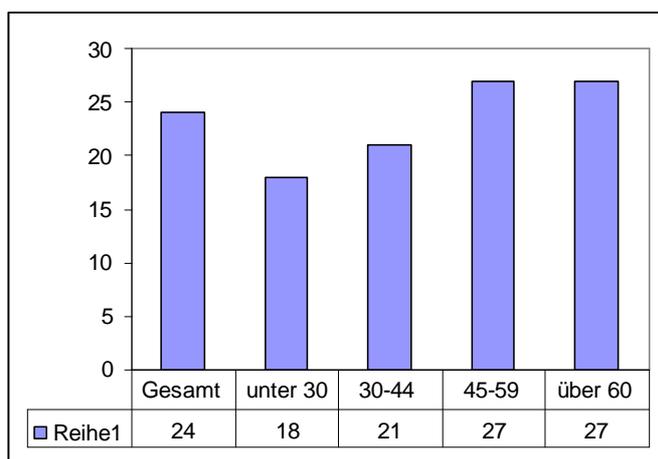
In abgeschwächter Form trifft dies im Prinzip auch auf die WählerInnen von Union und SPD zu. Eine Ausnahme bildet bei der Union die Personenentscheidung. Auch dort ist dies nur zweitrangig (29%) gegenüber dem Programm (45%), doch dürfte dies vor dem Hintergrund des fast ausschließlich auf den Ministerpräsidenten zugeschnittenen CDU-Wahlkampf nicht überraschen.

b) Wählerinnen und Wähler

Wie auch bei der Wahl vor vier Jahren gibt es bei den unter 30-Jährigen die auffälligsten Veränderungen. CDU und Linke.PDS liegen hier unter ihren Landesergebnissen.

Die kleineren Parteien schneiden dagegen besonders gut ab: Entgegen dem Landestrend verliert die CDU (minus drei) und kommt auf 33 Prozent, die Linke.PDS kommt auf 17 Prozent (keine Veränderung), die SPD erreicht 20 Prozent (plus sechs), die FDP erzielt neun Prozent und verliert überdurchschnittlich stark (minus neun), die Grünen kommen auf sieben Prozent (plus vier) und die DVU auf acht Prozent.

Abb. Die WählerInnen der Linkspartei nach Altersgruppen



Besonders stark wird die Linke.PDS bei den 45- bis 59-Jährigen sowie den über 60-Jährigen (jeweils 26 Prozent). Die CDU erzielt ihr bestes Ergebnis (plus zwei) bei den über 60-Jährigen (40 Prozent).

Bei den Arbeitslosen wird die Linke.PDS stärkste Kraft (39 Prozent) vor der CDU (25 Prozent) und der SPD (16 Prozent).

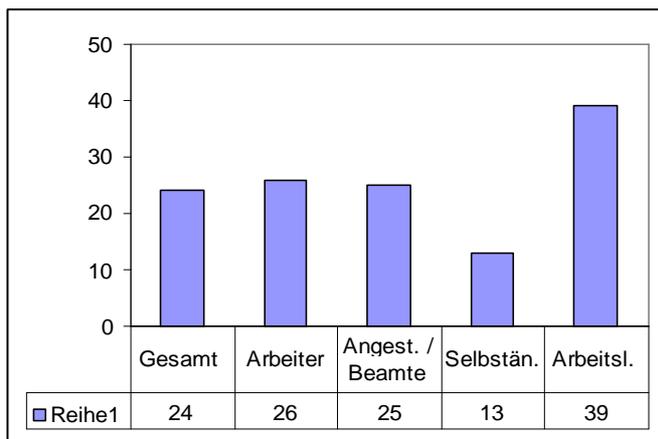
Hier gewinnt die PDS besonders viel hinzu (plus 13), die CDU hingegen verliert entgegen dem Landestrend stark (minus acht).

Auch bei den Arbeitern hat die Linke.PDS Zugewinne (plus sechs) und kommt auf 26 Prozent, wohingegen die SPD nochmals einen Punkt verliert und nur noch auf 20 Prozent kommt.¹⁴

Der Linkspartei gelingt es damit, den bereits bei der Bundestagswahl feststellbaren Trend einer Zunahme der Zustimmung bei den Arbeitslosen zu erreichen, bei einer Landtagswahl und einem auf soziale Gerechtigkeitspolitik wie auch Innovationen für Sachsen-Anhalt ausgerichteten Landtagswahlkampf zu wiederholen.

¹⁴ Forsa 2006, a.a.O.

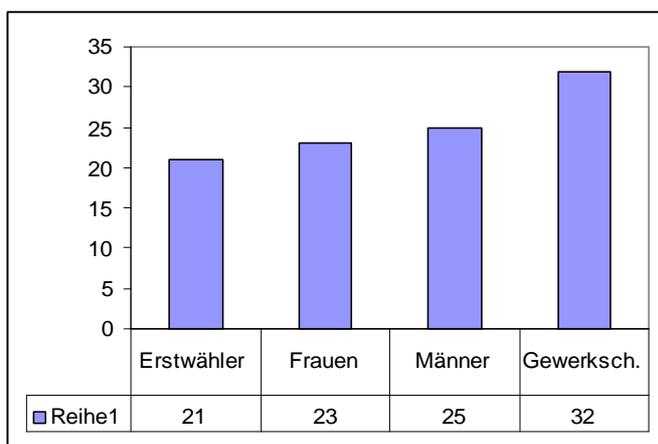
Abb. Die WählerInnen der Linkspartei nach Berufsgruppen



Bei den Gewerkschaftsmitgliedern hat die Linkspartei deutliche Führung übernommen. Während jeweils 27% die CDU bzw. die SPD wählten, stimmten 32% der Gewerkschaftsmitglieder für die Linkspartei.

Bei den Geschlechtern bestätigt sich ebenfalls ein bei der Bundestagswahl feststellbarer Trend: Die Linke wird überwiegend von Männern gewählt, während die Zustimmungswerte der Frauen leicht unter dem Landesergebnis verbleiben.

Abb. Die WählerInnen der Linkspartei nach Geschlecht etc.



Bezogen auf die altersmäßige Zusammensetzung des Linkspartei-Elektorats haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben. Die Linkspartei bleibt eine bei Jung- und Erstwählern unterdurchschnittlich beliebte Partei. Diese Entwicklung hat sich bereits seit einigen Jahren herauskristallisiert und wurde durch die vergangenen Wahlen bestätigt.

c) Wähler/innenwanderung

Die Linkspartei hat in absoluten Stimmen verloren – dies überrascht nicht vor dem Hintergrund der abgesunkenen Wahlbeteiligung. Gleichwohl ist es bedauerlich, dass es – im Unterschied zur Bundestagswahl – nicht gelungen ist, Nichtwählerinnen und Nichtwähler zur Stimmabgabe für die Linke zu motivieren. Im Gegenteil – die Linkspartei verlor 21.000 WählerInnen im Vergleich zur vergangenen Landtagswahl an das NichtwählerInnenspektrum. Sie gewann 1.000 WählerInnen von der FDP, 6.000 von der CDU und 5.000 von anderen Parteien, musste zugleich aber je 1.000 WählerInnen an Grüne sowie DVU abgeben.

Tab. WählerInnenwanderungen

Parteien	Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der WählerInnen, in Tsd.						
	CDU	Die Linke	SPD	FDP	Grüne	Andere*	Nichtw.
CDU		-6.000	-5.000	0	-2.000	-2.000	-66.000
Die Linke	6.000		0	1.000	-1.000	4.000	-21.000
SPD	5.000	0		3.000	-1.000	1.000	-39.000
FDP	0	-1.000	-3.000		-2.000	-1.000	-77.000
Grüne	2.000	1.000	1.000	2.000		0	2.000

* Einschließlich DVU

3.3. Die gewählten Abgeordneten und andere Ergebnisse der Linkspartei.PDS

In den Landtag für die Linkspartei.PDS gewählt wurden:

- | | | |
|---------------------------|-------------------------|------------------------|
| 1. Eva von Angern, | 2. Birke Bull, | 3. Harry Czeke, |
| 4. Sabine Dirlich, | 5. Dr. Detlef Eckert, | 6. Jutta Fiedler, |
| 7. Wulf Gallert, | 8. Stefan Gebhardt, | 9. Gerald Grünert, |
| 10. Uwe Heft, | 11. Guido Henke, | 12. Matthias Höhn, |
| 13. Angelika Hunger | 14. Dr. Angelika Klein, | 15. Barbara Knöfler, |
| 16. Dr. Uwe-Volkmar Köck, | 17. Hans-Jörg Krause, | 18. Hendrik Lange, |
| 19. André Lüderitz, | 20. Hans-Joachim Mewes, | 21. Dr. Helga Paschke, |
| 22. Heidelinde Penndorf, | 23. Dolores Rente, | 24. Edeltraud Rogée, |
| 25. Dr. Frank Thiel, | 26. Gudrun Tiede, | |

Tab. Erst- und Zweitstimmenergebnisse der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt nach Wahlkreisen (%)

Nr.	Kreis	Erststimme in %	Zweitstimme in %	
01	Salzwedel	25,2	27,0	
02	Gardelegen-Klötze	30,9	21,9	
03	Havelberg-Osterburg	25,4	26,1	
04	Stendal	28,1	24,7	
05	Genthin	27,2	25,2	
06	Burg	29,3	21,9	
07	Haldensleben	22,0	24,0	
08	Wolmirstedt	26,0	21,5	
09	Oschersleben	21,1	23,0	
10	Magdeburg I	21,8	29,4	Hans-Joachim Mewes
11	Magdeburg II	30,5	22,4	
12	Magdeburg III	22,7	25,1	
13	Magdeburg IV	25,1	26,3	
14	Halberstadt	25,9	25,6	
15	Blankenburg	31,7	23,0	
16	Wernigerode	24,5	20,9	
17	Staßfurt	23,6	25,4	
18	Aschersleben	23,7	27,1	
19	Schönebeck	27,5	24,7	
20	Wanzleben	26,0	20,9	
21	Bernburg	20,1	25,4	
22	Köthen	26,4	25,9	
23	Zerbst	21,4	21,5	
24	Wittenberg	21,1	20,0	
25	Jessen	25,9	22,6	
26	Dessau	30,2	25,6	
27	Dessau-Roßlau	23,6	22,2	
28	Wolfen	23,8	23,3	
29	Bitterfeld	20,7	21,4	
30	Quedlinburg	24,2	23,7	
31	Sangerhausen	25,2	23,7	
32	Hettstedt	26,2	25,9	
33	Eisleben	26,3	26,8	
34	Saalkreis	22,7	21,6	
35	Bad Dürrenberg-Saalkreis	22,7	22,2	
36	Halle I	34,9	32,4	Dr. Uwe-Volkmar Köck
37	Halle II	25,2	24,2	
38	Halle III	19,7	20,0	
39	Halle IV	30,5	29,7	Uwe Heft
40	Merseburg	25,9	25,2	
41	Querfurt	24,5	24,3	
42	Nebra	22,0	22,0	
43	Zeitz	26,5	25,1	
44	Naumburg	24,6	23,0	
45	Hohenmölsen-Weißenfels	26,9	27,0	
	Sachsen-Anhalt	25,2	21,4	

4. Die künftige politische Entwicklung in Sachsen-Anhalt

Eine klare politische Entwicklung ist derzeit noch nicht abzusehen. Zwar läuft alles auf eine Koalition aus CDU und SPD hinaus, doch hält sich Ministerpräsident Wolfgang Böhmer vorerst - trotz der Verluste bei seinem bisherigen Koalitionspartner FDP - alle Optionen für die Regierungsbildung offen. Es gebe mehrere mögliche Partner für eine Mehrheit. Böhmer erklärte, es gehe nicht nur um die Zahl der Mandate, sondern auch um die Basis für eine Zusammenarbeit. Sollte eine Koalition mit der SPD die einzig vernünftige Möglichkeit sein, werde er dies anstreben. Der 70-Jährige betonte im MDR, er gehe mit dem Vorsatz an die Arbeit, fünf Jahre zu regieren.

Im Gegensatz zu Aussagen der Bundes-FDP, man wolle dort nicht regieren, wo man nicht gebraucht würde, hofft die Landes-FDP noch auf eine Regierungsbeteiligung. Landeschefin Cornelia Pieper sagte dem MDR, es stehe "Spitz auf Knopf".

Auch SPD-Spitzenkandidat Jens Bullerjahn warnte im MDR vor zu schnellen Schlussfolgerungen. Die Partei müsse nun "realistisch und nicht hektisch" mit dem Ergebnis umgehen. Nun sei es spannend, ob eine Fortsetzung der CDU-FDP-Regierung verhindert werden könne. Alles andere werde erst in den kommenden Tagen diskutiert. Er erneuerte sein Angebot zu einer großen Koalition mit der CDU. Gespräche mit der Linken.PDS über ein rot-rotes Bündnis lehnte er ab.

Dagegen kündigte Wulf Gallert für die Linke.PDS am Wahlabend an, um eine rot-rote Regierung kämpfen zu wollen. Ihr Spitzenkandidat, sagte, seine Partei werde der SPD ein Gesprächsangebot machen, wenn das Stimmenergebnis ausreichen sollte.

Die LT-Wahl in Rheinland-Pfalz: Ein Achtungserfolg für die Linke

1. Rückblick: Das Wahlergebnis vom 25. März 2001

Weder in Mainz noch in Stuttgart wollten die Wählerinnen und Wähler am 25. März 2001 einen politischen Wechsel. Im Gegenteil, die amtierenden Landesregierungen wurden mit einem deutlichen Vertrauensvotum ausgestattet. Die größere Koalitionspartei schnitt dabei im Vergleich zum Juniorpartner deutlich besser ab.

Nachdem über viele Jahre hinweg Rheinland-Pfalz als christdemokratisches Stammland und die sozialdemokratische Regierung eher als Betriebsunfall betrachtet wurde, gelang es der SPD sich mit dieser Landtagswahl eindrucksvoll zu verankern. Bei einer um fast neun Prozent abgesunkenen Wahlbeteiligung gewann sie prozentual hinzu und konnte fast die gleiche Stimmenzahl wie bei der Wahl 1996 erreichen.

Alle anderen im Landtag vertretenen Parteien verloren mehr oder weniger deutlich. Die Union erreichte mit 35,3% ihr bislang schlechtestes Ergebnis an Rhein und Mosel. Den Grünen hätte der Verlust von 1,7% fast den Wiedereinzug in den Landtag gekostet. Dieses Ergebnis ordnete sich zwar in die lange Kette von grünen Wahlniederlagen ein, verwies jedoch zugleich auf ihre strukturell schlechte organisatorische Verankerung.¹⁵



Der sozialdemokratische Wahlkampfmotor wurde von Kurt Beck am Laufen gehalten. Er dominierte den Wahlkampf, so dass der CDU-Spitzenkandidat trotz aller Anstrengungen keine Herausforderung für den Amtsinhaber darstellte. Beck gelang es die sozialdemokratische Wählerklientel zu mobilisieren – für 46% der SPD-Wähler und die Mehrheit der Wechselwähler von der FDP zur SPD war Beck der wahlentscheidende Grund.

Die PDS hatte sich wie bereits 1996 entschieden, zur Landtagswahl aufgrund erwartbarer Aussichtslosigkeit nicht anzutreten.

Tab. Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz 2001 – 1996 (Zweitstimmen)

Absolute Zahlen	25. März 2001		LTW 1996	
	Stimmen	Diff. zu 1996	Stimmen	
Wahlberechtigte	3.025.090	37.991	2.987.099	
WählerInnen	1.879.960	-234.973	2.114.933	
Gültige Stimmen	1.833.846	-229.880	2.063.726	
SPD	820.160	-929	821.539	
CDU	647.238	-150.928	798.166	
FDP	143.427	-40.999	184.426	
Grüne	95.567	-47.098	142.665	
PDS	-	-	-	
Anteile	%-Stimmen	Diff. zu 1996	%-Stimmen	
Wahlbeteiligung	62,1	-8,7	70,8	
SPD	44,7	4,9	39,8	
CDU	35,3	-3,4	38,7	
FDP	7,8	-1,1	8,9	
Grüne	5,2	-1,7	6,9	
PDS	-	-	-	
Mandatsverteilung	Mandate	Diff. zu 1996	Mandate	Diff. Zu 1991
Insgesamt	101	0	101	
SPD	49	6	43	-4
CDU	38	-3	41	1
FDP	8	-2	10	3
Grüne	6	-1	7	0
PDS	0	-	0	-

Quelle: Infratest dimap 2001a, S. 7f.

¹⁵ Infratest dimap 2001a, WahIREPORT Rheinland Pfalz 2001, S. 11ff.

2. Ausgangslage und Wahlkampf

2.1. Wahlrechtliche Situation in Rheinland-Pfalz und Streichung der Listenplätze 8-40

Entsprechender notwendigen Regelungen für den Wahlantritt der WASG, wählte eine ordnungsgemäße Vertreterinnen- und Vertreterversammlung der WASG Rheinland-Pfalz eine Landesliste, bestehend aus 40 Kandidatinnen und Kandidaten. Die WASG hatte das für Listenaufstellungen übliche Wahlverfahren angewendet, bei dem die noch offenen Plätze im Rahmen einer Listenwahl vergeben wurden. Dabei hatten die Wahlberechtigten maximal so viele Stimmen, wie KandidatInnen auf der Liste vertreten sein können. Sie mussten die Stimmenzahl jedoch nicht ausschöpfen. Am Ende der Listenaufstellung wurde die gesamte Liste noch einmal per Schlussabstimmung bestätigt.

Für diese Landesliste wurden die erforderlichen Unterschriften beigebracht, da – im Unterschied zur Linkspartei – die WASG nicht über eine Bundestagsfraktion, die das Erbringen von Unterschriften überflüssig machen würde.

Die Prüfung durch den Landeswahlleiter ergab jedoch, dass die Wahl der WASG-Landesliste spätestens ab Platz 8 nicht mit dem § 37 Abs. 3 Landeswahlgesetz in Einklang zu bringen sei. Die ab Platz 7 vorgenommene Mehrheits- statt verbundener Einzelwahl begegnete Bedenken, weil aufgrund der 1994 vorgenommenen Wahlrechtsänderung¹⁶ über jeden Platz hätte einzeln abgestimmt werden müssen oder in Form der erleichternden verbundenen Einzelwahl, eine Liste von z.B. 33 KandidatInnen besteht, bei denen – ohne GegenkandidatInnen – die Wahlberechtigten jeweils mit ja oder nein stimmen können.

Da die Aufstellung einer neuen Landesliste unter den Bedingungen der Erbringung neuer Stützungsunterschriften unrealistisch war, blieb der WASG Rheinland-Pfalz nichts weiter übrig, als ihre Landesliste auf die Plätze 1-7 zu reduzieren.¹⁷

2.2. Politische und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen

Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren einen enormen ökonomischen Strukturwandel vollzogen. Bis 1989 waren zwischen Rhein und Mosel 115.000 Soldaten stationiert und trugen die Militärstützpunkte 1,6 Mrd. Euro zum Bruttoinlandsprodukt bei. Mit der deutschen Einigung und der Reduzierung der alliierten und deutschen Militärstützpunkte gingen 564 militärische Einrichtungen und 80.000 militärische und mehr als 24.000 zivile Stellen im Umfeld verloren.¹⁸

Die seit 1991 amtierende sozial-liberale Landesregierung hat darauf mit einem umfangreichen Programm zum ökonomischen Strukturwandel, insbesondere der Konversion reagiert und sich dabei das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler bewahrt.

Obwohl die Union in den vergangenen Jahren sowohl bei Kommunal-, Bundes- und Europawahlen vor den Sozialdemokraten lag, ist es ihr bei den Landtagswahlen 1996 und 2001 nicht gelungen, in die Regierung zurückzukehren.

Und auch bei dieser Landtagswahl scheinen die ökonomischen Daten für rot-gelb zu sprechen. Das Bruttoinlandsprodukt ist im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz leicht gestiegen. Einer ersten vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« zufolge hat sich die Summe der im Land erbrachten wirtschaftlichen Leistungen im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 0,9% erhöht. Damit entsprach das Wirtschaftswachstum dem Bundesdurchschnitt. Der Wert der im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz erstellten wirtschaftlichen Leistung betrug 97,7 Milliarden Euro.¹⁹

¹⁶ Landtag Rheinland-Pfalz, Drs. 12/5377, GVBl. RIP, S. 472.

¹⁷ Wawzyniak, Halina 2006, Wahlrechtliche Situation in Rheinland-Pfalz nach Gespräch mit Landeswahlleiter, Vermerk, S. 1f.

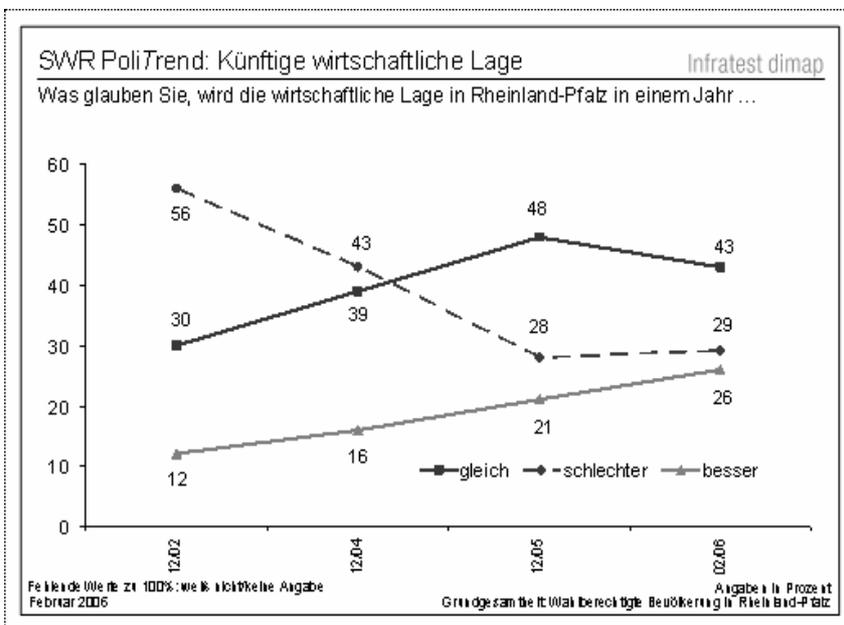
¹⁸ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) 2005, Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005, Gütersloh, S. 163.

¹⁹ Statistisches Landesamt RLP 2006, Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 0,9 Prozent gestiegen. Wirtschaftswachstum 2005 wie im Bundesdurchschnitt, Mitteilung Nr. 25, <http://www.statistik.rlp.de/vgr/presse/pm06025.html>

Die langfristige Betrachtung seit 1991 zeigt darüber hinaus einen überdurchschnittlichen Anstieg der Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz. Die Zahl der Erwerbstätigen lag 2005 um 6,3% (gut 105.000) über dem Niveau von 1991, während in den alten Bundesländern ohne Berlin ein Anstieg um 4,9% zu verzeichnen war. In ganz Deutschland lag die Zahl der Erwerbstätigen 2005 fast auf dem Niveau von 1991.

Insofern ist es durchaus verständlich, dass sich die wirtschaftlichen Erwartungen in der Bevölkerung mit Blick auf die Landtagswahl eher positiv darstellten.

Zwar blieb die Furcht vor einer Eintrübung nach Angaben von Infratest dimap mit 29% weitgehend stabil (+1), doch es rechneten statt 21 nunmehr 26% der Rheinland-Pfälzer mit einer verbesserten wirtschaftlichen Situation binnen Jahresfrist. Im Gegenzug ging die Gruppe der Wahlberechtigten, die für die kommenden zwölf Monate von einer Stagnation ausgehen, von 48 auf 43% zurück.²⁰



Die Koalition unter Beck (SPD) und Bauckhage (FDP) konnte dies spätestens ab November des vergangenen Jahres und mit einem kurzen Ausreißer bei Forsa im Januar 2006 für relativ stabile Zustimmungswerte nutzen.

Tab. Umfragen zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz seit September 2005 (in%)

Institut	Datum	CDU	SPD	Grüne	FDP	WASG	Sonstige
Emnid	21.03.2006	35	43	7	9	3	3
Forschungsgr. W.	17.03.2006	36	43	6	8	3	4
Infratest dimap	16.03.2006	35	43	6	9	3	4
Forsa	15.03.2006	34	39	8	10	4	5
Infratest dimap	02.03.2006	35	42	6	8	4	5
Psephos	28.02.2006	38	42	5	8	2	5
Infratest dimap	02.02.2006	36	42	6	8	4	4
Forsa	25.01.2006	37	37	7	11	4	4
Infratest dimap	15.12.2005	37	39	6	19	4	4
Psephos	28.11.2005	37	41	5	10	3	4
Infratest dimap	08.09.2005	43	35	6	8	4	4

In der Allensbach-Umfrage vom 25.10.2005 wurde statt nach WASG nach „PDS/WASG“ gefragt.
Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/rheinland-pfalz.htm>

Dass die Arbeit der rot-gelben Landesregierung zum Ende letzten Jahres wieder deutlich an Zuspruch gewann, war jedoch andererseits auch keine Selbstverständlichkeit. Seit Herbst 2002 hatte das Kabinett nach Infratest dimap überwiegend negative Stimmungswerte auf sich vereinigt. Nun waren jedoch jeweils mehr als 50% mit der Arbeit der Beck-Regierung sehr zufrieden bzw. überwiegend zufrieden und nur etwas mehr als 35% waren unzufrie-

²⁰ Infratest dimap 2006, Rheinland-PfalzTREND Februar 2006, <http://www.infratest-dimap.de/?id=206&aid=148>.

den.²¹ Vor dem Hintergrund der Zustimmungswerte des amtierenden Ministerpräsidenten konnte sich so keine Wechselstimmung herausbilden.

2.3. Die Parteien und der Wahlkampf: » Dr. phil. jagt Herrn Gemütlich «

Im Zentrum des Landtagswahlkampfes in Rheinland-Pfalz stand die Bildungs- und Kita-Politik. Die Parteien überboten sich mit Vorschlägen, wie Kinder gefördert und das Bildungswesen verbessert werden können. Im Zentrum standen vornehmlich die Kindergärten. Die SPD/FDP-Landesregierung beschloss zunächst die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr. Als die oppositionelle CDU ankündigte, im Falle eines Wahlsieges die Gebühren für Kindertagesstätten schon 2007 komplett abzuschaffen, zog die SPD nach: Auch sie will nun diese Beiträge restlos streichen - aus Finanzierungsgründen allerdings schrittweise bis 2010 in den kommenden Jahren.

Die SPD verwies zudem auf die frühzeitige Einrichtung von Ganztagschulen im Land, von denen es mittlerweile weit mehr als 300 gibt. Die Grünen forderten die Schaffung von 50 „Neue Schulen“, in denen die Schüler die ersten neun Schuljahre zusammen lernen – in Ostdeutschland wird dies kurz Einheitsschule genannt.

Die CDU hingegen popularisierte Grundschule schon ab fünf Jahren und die Neueinstellung von 900 Lehrern.

Kurz kochte indes auch ein Streit um Ausländer hoch - bis hin zu tumultartigen Szenen im Landtag in Mainz. Ausgangspunkt war die „Landesinitiative Rückkehr 2005“, in deren Rahmen die Kommunen fünf Millionen Euro für die freiwillige Rückkehr ausreisepflichtiger Ausländer zur Verfügung gestellt bekamen. Die CDU rechnete, nach rechts einsammelnd vor, dass damit abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die ihre Identität verschleiern würden, bis zu 50.000 Euro für die Rückreise erhielten.

Die **SPD** setzte in diesem Wahlkampf in erster Linie auf die Popularität des Ministerpräsidenten Beck. Aufbauend auf einer Bekanntheitsquote von 98% plakatierte sie „Zweitstimme ist Beck-Stimme“, „damit Rheinland-Pfalz in guten Händen bleibt“.

Nur Ministerpräsident Beck überlebte die Wahlkatastrophen der SPD in den vergangenen sieben Jahren rot-grüner Bundesregierung und ist der

letzte Sozialdemokrat, der im Westen ein Flächenland regiert. Hätte ausgerechnet die große Koalition in Berlin Beck den Garaus gemacht, dann wäre eine Führungskrise der Sozialdemokraten, deren stellv. Parteivorsitzender Beck zugleich ist, unvermeidlich. Für den Wahlkampf investierte sie 1,3 Mio. Euro.

Auch wenn es dem Herausforderer von der **CDU**, Christoph Böhr, deutlich besser als bei der vorangegangenen Wahl gelang, seine Intellektualität mit authentischer Volksnähe zu kombi-

SWR PoliTrend: Sympathiewerte der Landespolitiker Infratest dimap

Ich hätte nun gerne gewusst, was Sie von den folgenden Politikern bzw. Politikerinnen in Rheinland-Pfalz halten, wie sympathisch Sie Ihnen sind. Sie können dabei anhand einer Skala Ihr Urteil zwischen „+5“ (=überaus sympathisch) und „-5“ (=ganz und gar unsympathisch) abstimmen. „0“ bedeutet „weder sympathisch noch unsympathisch“.

	Durchschnittsnote	Durchschnittsnote Anhänger	Bekanntheit* in %
Kurt Beck (SPD)	2,5 (-0,2)	3,8 (-0,1)	98
Hans-Arthur Bauckhage (FDP)	1,3 (+/-0)	2,2 (+/-0)	75
Ise Thomas (Grüne)	0,6 (-0,3)	2,8 (+0,4)	51
Christoph Böhr (CDU)	0,5 (+0,1)	2,2 (+0,4)	84
Norbert Kepp (WASG)	0,1 (-0,6)	0,9 (-0,4)	24

* Bekanntheit = 100% - Anteil Politiker, die nicht bekannt
Angabe in Klammern: Vgl. zu März 2006
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Rheinland-Pfalz

²¹ Rheinland-PfalzTREND Februar 2006, ebd..

nieren, war es absehbar, dass er den Triumph des Niedersachsen Wulff nicht wiederholen konnte.

Aus der gleichen Alterskohorte wie Koch, Wulff und von Beust entstammend und wie diese Teil des zu Zeiten der Junge Union-Mitgliedschaft geschlossenen sogenannten Andenpakts²², haftet auch ihm wie lange Zeit Wulff das Image des ewigen Verlierers an. Während es Wulff jedoch gelang, die nach langen Jahren der Union-

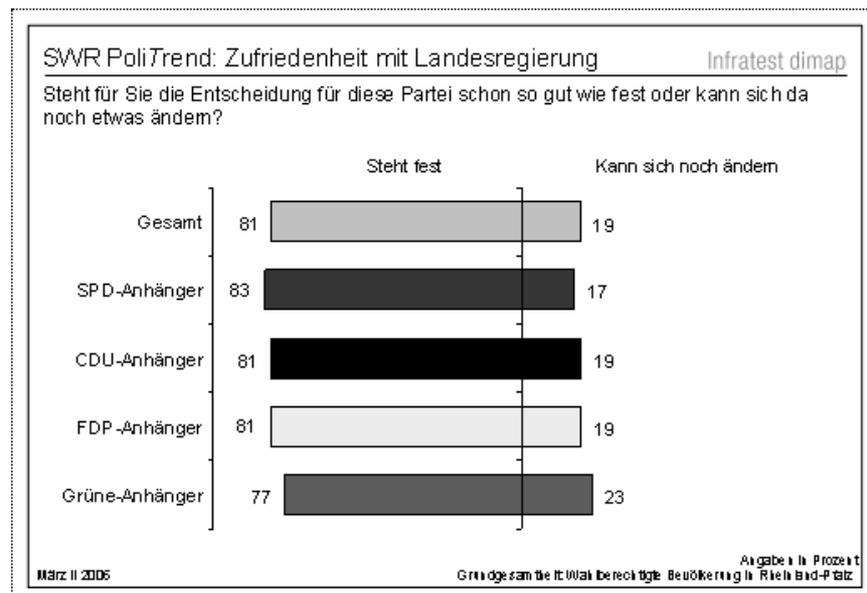
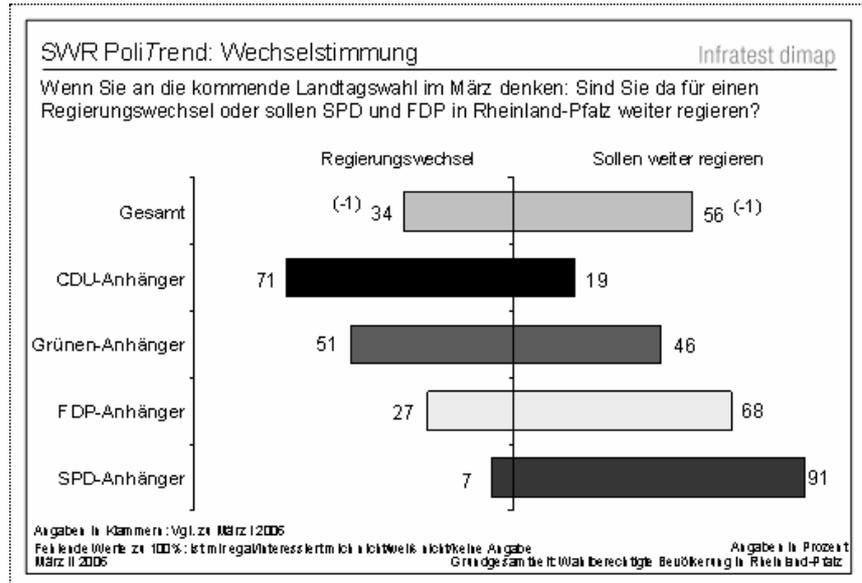
Herrschaft bestehende SPD-Dominanz zu brechen, blieb an Böhr der undementierte Kohl-Ausspruch haften: „Der kann es net“. Über lange Zeit war Böhr deshalb innerhalb der eigenen Partei angefeindet und musste sich in harten Auseinandersetzungen als Spitzenmann durchsetzen. Diese Auseinandersetzungen vermittelten zu lange das Außenbild einer in sich zerstrittenen Union – auch wenn es Böhr im Wahlkampf gelang, die Partei für sich einzunehmen und für den Wahlkampf zu mobilisieren.

Im Mittelpunkt des Unionwahlkampfes standen ebenfalls weiche Themen. Bei einem Parteitag im Januar übertrumpfte die CDU ihren Hauptgegner mit dem Versprechen, im Falle eines Wahlsieges die Kindergarten-Gebühren schon Anfang 2007 abzuschaffen. Die SPD will dies schrittweise erst bis zum Jahr 2010. Die Förderung der Kleinen avancierte so zum Wahlkampfthema Nummer eins in Rheinland-Pfalz.

Freilich kämpft die CDU auch hier mit dem Dilemma einer als erfolgreich bewerteten Landesregierung, weshalb der Union-Spitzenmann nur einigermaßen hilflos attestieren konnte: Es laufe „nicht alles schlecht in Rheinland-Pfalz“, allerdings sei „manches aus dem Lot geraten“.²³ In ihren Wahl-

kampf investierte die Union 1 Mio. Euro.

Die Tatsache, dass die **Liberalen** nicht als potenzieller Koalitionspartner für die Union zur Verfügung stehen, hat den Spielraum von Christoph Böhr deutlich reduziert. Der kleinere Koalitionspartner der SPD wurde zwar vom CDU-Spitzenkandidaten heiß umworben, doch präsentieren sich die Liberalen nicht wankelmütig. Im Gegenteil: Die



²² Siebenmorgen, Peter 2005, Der Andenpakt, in: Der Tagesspiegel vom 29.05.2005, <http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/29.05.2005/1842366.asp>.

²³ Heptner, Bernd 2006, Ein Philosoph als Politik, in: FAZ.net, <http://www.faz.net/s/RubC11BBAA5399B49A799F1D931512DCCB8/Doc~EDAD55561EB0240BA85D8C83C31BBF53F~ATpl~Ecommon~Scontent.html>.

FDP unter Landeschef und Bundesvize Rainer Brüderle hat sich sogar für den Fall auf die Fortsetzung der Koalition mit der SPD festgelegt, dass die CDU stärkste Kraft im Landtag werden sollte. Im Wahlkampf setzte die FDP stark auf Mittelstandsförderung und polemisierte gegen die für 2007 geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19%.

Die FDP, die 350.000 Euro für ihre Wahlwerbung ausgab, befürchtete angesichts der in den letzten Wahlkampftagen zunehmenden SPD-Werte und der hohen Zahl an unentschlossenen Wählern eine SPD-Alleinregierung. Dies wäre nach ihren Berechnungen dann eingetreten, wenn die SPD sehr gut abschnidet und gleichzeitig die kleinen Parteien wie die WASG, die Republikaner und die Freien Wählergruppen (FWG) zusammen ein zweistelliges Ergebnis erreicht hätten, ohne in den Landtag einzuziehen. Um diese Konstellation zu verhindern, startete die FDP eine Postkartenaktion unter dem Motto "Damit Rheinland-Pfalz kein rotes Wunder erlebt".²⁴

Die von den Sozialdemokraten ungeliebten **Grünen** empfahlen sich letztendlich wieder ganz vergeblich als der natürlichere Partner der SPD "mit den größeren programmatischen Schnittmengen". Sie setzten in diesem Wahlkampf auf Personalisierung - die Spitzenkandidatin Ise Thomas sollte die Partei statt der mageren 5,2% von 2001 auf deutlich mehr als sieben Prozent bringen. Der Landesregierung warfen die Grünen in ihrer mit 390.000 Euro dotierten Wahlkampagne vor, "verbraucht" und "perspektivlos" zu sein. Insbesondere die Liberalen waren der Hauptangriffspunkt der grünen Wahlkampagne, die grüne Standardthemen wie Landwirtschaft, Ökologie und Verkehr sowie nachhaltige Arbeitsplätze in den Mittelpunkt stellten.

Die **WASG**, die mit der Linkspartei einen gemeinsamen Wahlantritt realisierte, stellte soziale Gerechtigkeit ins Zentrum ihrer Wahlwerbung. Dabei wurde auf die Ununterscheidbarkeit zwischen Beck und Böhr aufmerksam gemacht, die beide eine "Politik der Rentenkürzungen und des Sozialabbaus" betrieben.

Der zumindest nicht ausgeschlossene Einzug der WASG in den Landtag und daraus entstehende Friktionen für die sozial-liberale Koalition führten zu erheblicher Nervosität bei der SPD, die letztlich zu gerichtlicher Auseinandersetzung führte. Wenige Tage vor der Abstimmung erließ das Landgericht Mainz eine einstweilige Verfügung, verbunden mit der Androhung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 250.000 Euro bzw. Ordnungshaft bis zu sechs Monaten falls Ministerpräsident Beck weiterhin behaupten sollte, der WASG-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Alexander Ulrich sei wegen antisemitischer Äußerungen von seinem Amt zurückgetreten. Zudem musste Umweltministerin Margit Conrad die Behauptung unterlassen, die WASG fordere dazu auf, mit der Erststimme Beck und mit der Zweitstimme WASG zu wählen.

3. Das Wahlergebnis vom 26. März 2006

Tab. Zweitstimmenergebnis der Landtagswahl 2006

Merkmal	2006		2001		Veränd. 2006 zu 2001	
	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%
Wahlberechtigt	3.075.707		3.025.090		50.617	
Wähler	1.791.136	58,2	1.897.960	62,1	-88.824	-3,9
Ungültige Stimmen	38.105	2,1	46.114	2,5	-8.009	-0,4
Gültige Stimmen	1.753.031	97,9	1.833.846	97,5	-80.185	0,4
SPD	799.216	45,6	820.610	44,7	-21.394	0,9
CDU	574.464	32,8	647.238	35,3	-72.774	-2,5
FDP	140.824	8,0	143.427	7,8	-2.603	0,2
Grüne	81.456	4,6	95.567	5,2	-14.111	-0,6
WASG	44.661	2,5	-	-	-	-

²⁴ Rheinland-Pfalz – Ein Drittel Unentschlossene, FAZ.net, <http://www.faz.net/s/Rub28FC768942F34C5B8297C6E16FFC8B4/Doc~E690561BEE277477A9197DE069A342083~ATpl~Ecommon~Scontent.html>.

3.1. Allgemeine Einschätzung und erste Ergebnisse

In Rheinland-Pfalz bleibt die SPD dank Kurt Beck mit einem Landesstimmenanteil von 45,6 Prozent eindeutig stärkste Partei. Von den gültigen 1 753 031 Landesstimmen erhalten die Sozialdemokraten 799 216. Die SPD erzielt damit ihr bisher bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Rheinland-Pfalz.

Die CDU liegt bei einer überwiegend landespolitischen Komponente der Wahl auch weiterhin klar hinter der SPD, nachdem sie vor fünf Jahren auf ihr schlechtestes Landesergebnis abgerutscht war. Sie vereinigt 574 464 der gültigen Landesstimmen auf sich und kommt auf einen Anteil von 32,8 Prozent. Das ist ihr schlechtestes Ergebnis seit 1947.

Der SPD-Wahlsieg hat in Rheinland-Pfalz einen Namen: Ministerpräsident Kurt Beck genießt parteiübergreifend hohes Ansehen, ist seinem Herausforderer Christoph Böhr (CDU) bei allen persönlichen und politischen Eigenschaften weit überlegen und kann auf eine hervorragende Leistungsbilanz verweisen: 83 Prozent aller Befragten attestieren ihm gute Arbeit, was in der Kandidatenfrage einen klaren Vorteil für den Amtsinhaber bedeutet: 63 Prozent wünschen sich Kurt Beck, aber nur 20 Prozent Christoph Böhr als Ministerpräsidenten.

Der FDP gaben 140 824 Wählerinnen und Wähler ihre Stimme. Die Partei erzielt damit einen Stimmenanteil von acht Prozent. Die GRÜNEN kommen mit 81 456 Landesstimmen auf einen Anteil von 4,6 Prozent. Dies ist das zweitschlechteste Ergebnis der Partei seit ihrem erstmaligen Antreten bei der Wahl 1983. Sie wird damit im 15. rheinland-pfälzischen Landtag nicht mehr vertreten sein.

Die WASG ist erstmals in Rheinland-Pfalz bei einer Landtagswahl angetreten. Sie erreicht mit 44.661 gültigen Landesstimmen einen Stimmenanteil von 2,5 Prozent.

Die Freien Wählergruppen können insgesamt 27 675 der gültigen Landesstimmen auf sich vereinigen. Landesweit erreichen sie damit einen Stimmenanteil von 1,6 Prozent. Die neun übrigen Parteien, die zur Landtagswahl angetreten sind, erzielen mit insgesamt 84 735 Landesstimmen einen Anteil von 4,9 Prozent. Den größten Stimmenanteil dieser Parteien können die Republikaner mit 1,7 Prozent der gültigen Wählerstimmen verbuchen.

3.2. Das Wahlergebnis der WASG im Einzelnen²⁵

Es überrascht nicht, dass die zwischen dem Stimmverhalten der SPD- und der WASG-WählerInnen ein starker positiver statistischer Zusammenhang besteht. Für SPD wie WASG stimmten Protestanten, Arbeiter und Arbeitslose.

- In Regionen mit einem hohen Anteil an **Protestanten** schneidet die WASG um 0,7 Prozentpunkte besser ab als im Landesdurchschnitt, der bei 2,5 Prozent liegt.
- In Regionen mit höherer **Arbeitslosigkeit** liegt die WASG um 0,4 Prozentpunkte über ihrem Landesergebnis.
- In den Gebieten mit einem hohen **Arbeiteranteil** ist das Wahlergebnis der Partei ebenfalls um 0,4 Prozentpunkte besser als im Landesdurchschnitt.

So wie die Liberalen dort hinzu gewannen, wo die CDU Stimmenanteile abgeben musste, zeigt sich auch ein deutlicher statistischer Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Stimmenanteile der SPD und dem Ergebnis, das die WASG bei ihrem erstmaligen Antreten erzielt. Dies dürfte überwiegend so zu interpretieren sein, dass die Anteilsgewinne der SPD dort etwas schwächer ausfallen, wo die WASG höhere Stimmenanteile erringt. Nach Infratest dimap erzielte die WASG in starken SPD-Gebieten mit 3,2% einen überdurchschnittlichen

²⁵ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2006, Landtagswahl Rheinland-Pfalz am 26. März 2006 Teil 1: Analyse der Wahlergebnisse in der Wahlnacht, Mainz, <http://www.statistik.rlp.de/analysen/wahlen/wahlnachtanalyse-lw2006.pdf>

Ergebnis. In Gebieten, in denen die Grünen stark sind, erzielten sie ihr Landesergebnis, in den anderen Gebieten lagen sie unter dem Landesschnitt.

Nach Aussage des Statistischen Landesamtes in Rheinland-Pfalz ist in abgeschwächter Form auch ein Zusammenhang zwischen den Landesstimmengewinnen der WASG und den Verlusten der CDU zu erkennen.

Tab. Strukturmerkmale des WASG-Ergebnisses

Merkmal	Merkmalsanteil	
	Hoch	Niedrig
Bevölkerungsdichte	2,8	2,6
Ausländeranteil	2,7	2,5
Katholiken	2,0	3,1
Protestanten	3,2	2,0
Haupt- oder Realschulabschluss	2,6	2,5
Abitur bzw. Hochschulabschluss	2,5	2,8
Arbeiter	2,9	2,2
Angestellte	2,2	3,0
Beamte	2,3	2,7
Arbeitslose	2,9	2,1
Beschäftigte in der Landwirtschaft	2,1	2,9
Beschäftigte im prod. Gewerbe	2,8	2,3
Beschäftigte im Dienstleistungsg.	2,5	2,4
Beschäftigte in Kleinbetrieben	2,4	2,7
Beschäftigte in Großbetrieben	2,6	2,2
Einpendler	2,7	2,5
Auspendler	2,5	2,7

Beim **Landesstimmenanteil in den kreisfreien Städten** liegt die SPD mit 45,9 Prozent deutlich vor der CDU (30 Prozent). Die FDP liegt mit 7,7 Prozent vor den GRÜNEN (6,4 Prozent). Die sonstigen Parteien erreichen zusammen zehn Prozent. Von den sonstigen Parteien und der Wählervereinigung kommt der WASG mit einem Stimmenanteil von 3 Prozent die größte Bedeutung zu.

Die besten Zweitstimmenergebnisse erzielte die WASG in folgenden kreisfreien Städten: mit Pirmasens (5,4%), Zweibrücken und Kaiserslautern (4,5%) sowie in Trier, Ludwigshafen und Landau mit jeweils über 3%. Mit 1,9% erzielt die WASG in Mainz ihr schlechtestes Ergebnis.

In den **Landkreisen** erreicht die SPD einen Landesstimmenanteil von 45,5 Prozent und liegt damit deutlich vor der CDU (33,6 Prozent), der FDP (8,1 Prozent) und den GRÜNEN (4,1 Prozent). Die sonstigen Parteien kommen auf 8,7 Prozent. Von den Sonstigen entfallen die meisten Stimmen auf die erstmals angetretene WASG, die einen Landesstimmenanteil von 2,4 Prozent erreicht.

Den höchsten Landesstimmenanteil erreicht die **WASG** in Kusel mit 6,9 Prozent. Im Kreis Birkenfeld, dem Donnersbergkreis werden Ergebnis von 4,1 und 4,3% erzielt. Mit 1,4% bildet Cochem-Zell das Schlusslicht der WASG.

Bezogen auf die **Wähler/innenwanderung** hat die WASG das Ergebnis der Linkspartei von der Bundestagswahl wiederholt. Sie gewinnt bei allen, vor allem aber bei den „anderen Parteien“ (15.000 Stimmen) und den NichtwählerInnen (11.000 Stimmen).

Tab. WählerInnenwanderungen

Parteien	Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der WählerInnen, in Tsd.						
	SPD	CDU	FDP	Grüne	WASG	Andere	Nichtw.
SPD		4.000	1.000	9.000	-9.000	8.000	-12.000
CDU	-4.000		0	2.000	-1.000	1.000	-29.000
FDP	-1.000	0		0	-1.000	0	5.000
Grüne	-9.000	-2.000	0		-4.000	-2.000	-1.000
WASG	9.000	1.000	1.000	4.000		15.000	11.000

Tab. Erst- und Zweitstimmenergebnisse der WASG in Rheinland-Pfalz nach Wahlkreisen (in %)

Nr.	Kreis	WASG	
		Erststimme	Zweitstimme
01	Betzdorf/Kirchen(Sieg)	1,9	2,2
02	Altenkirchen/Westerwald	2,1	2,2
03	Linz am Rhein/Rengsdorf	2,3	1,8
04	Neuwied	3,0	2,4
05	Bad Marienberg/Westerburg	2,6	2,2
06	Montabaur	2,3	1,9
07	Diez/Nassau	2,2	1,9
08	Koblenz/Lahnstein	-	1,7
09	Koblenz	3,0	2,8
10	Bendorf/Weißenthurm	2,5	1,9
11	Andernach	1,7	1,6
12	Mayen	2,0	1,5
13	Remagen/Sinzig	2,4	2,1
14	Bad Neuenahr-Ahrweiler	2,3	1,8
15	Cochem-Zell	-	1,4
16	Rhein-Hunsrück	3,0	2,5
17	Bad Kreuznach	2,8	2,5
18	Kirn/Bad Sobernheim	1,8	2,0
19	Birkenfeld	4,6	4,1
20	Daun	2,3	2,2
21	Bitburg/Prüm	2,1	1,8
22	Wittlich	2,1	1,6
23	Bernkastel-Kues/Morbach	2,2	1,9
24	Trier/Schweich	-	2,1
25	Trier	3,3	3,2
26	Konz/Saarburg	2,6	2,2
27	Mainz I	2,3	2,4
28	Mainz II	1,6	1,6
29	Bingen am Rhein	2,6	2,2
30	Ingelheim am Rhein	2,2	1,9
31	Nierstein/Oppenheim	3,2	2,3
32	Worms	-	2,1
33	Alzey	-	1,7
34	Frankenthal(Pfalz)	2,8	2,6
35	Ludwigshafen am Rhein I	3,5	3,5
36	Ludwigshafen am Rhein II	3,3	3,1
37	Mutterstadt	3,1	2,5
38	Speyer	3,3	2,3
39	Donnersberg	5,6	4,0
40	Kusel	7,1	6,9
41	Bad Dürkheim	2,8	2,2
42	Neustadt an der Weinstraße	3,9	2,8
43	Kaiserslautern I	5,2	5,1
44	Kaiserslautern II	4,1	4,0
45	Kaiserslautern-Land	4,5	4,3
46	Zweibrücken	4,6	4,2
47	Pirmasens-Land	4,1	3,8
48	Pirmasens	5,7	4,7
49	Südliche Weinstraße	2,1	2,3
50	Landau in der Pfalz	4,1	2,8
51	Germersheim	2,5	2,1
	Rheinland-Pfalz	2,7	2,5

Die LT-Wahl in Baden-Württemberg: Im Ländle wachsen die Bäume für die Linke nicht in den Himmel

1. Rückblick: Das Wahlergebnis vom 25. März 2001

Hatten die Wählerinnen und Wähler zwischen Stuttgart und Freiburg im Jahre 1996 einem Regierungswechsel zu schwarz-gelb die Stimme gegeben und den Sozialdemokraten mit 25,1% das bis dahin schlechteste Ergebnis in Baden-Württemberg beigebracht, votierten sie fünf Jahre später für die Fortsetzung des Regierungsbündnisses. Sowohl CDU als auch FDP/DVP hatten sich bereits vor der Wahl für die Beibehaltung der Koalition ausgesprochen.

Die Union kam erneut deutlich über 40% und konnte gegenüber dem Ergebnis von 1996 noch einmal 3,5% zulegen. Die Freidemokraten verloren leicht und sanken um 1,5% auf 8,1% ab. Gleichwohl wurden sie damit erstmals seit 1984 wieder drittstärkste politische Kraft im Landtag und verzeichneten das zweitbeste Wahlergebnis seit 1980.



Die Grünen wiederum verfehlten ihre beiden Wahlziele, ein zweistelliges Ergebnis zu erhalten und drittstärkste Kraft im Landtag zu bleiben. Sie verloren fast ein Drittel ihrer WählerInnen und fielen mit 7,7% überraschend klar in die Einstelligkeit zurück.

Die SPD, die sich nur wenig Hoffnung auf eine Rückkehr in die Landesregierung gemacht hatte, feierte erfolgreich Comeback. Erstmals seit der Landtagswahl 1988 konnten sie mehr als 30% der Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen, wurde mit 33,3% zweitstärkste Partei und erreichte damit ihren höchsten Stimmenanteil in BaWü seit 1976.

Die Republikaner, die im Jahre 1996 mit einem furiosen Ergebnis von 9,1% in den Landtag einziehen konnten, mussten eine Halbierung ihrer WählerInnen-schaft auf 4,4% konstatieren und ihre Landtagsbüros räumen.²⁶

Die PDS hatte sich wie bereits 1996 entschieden, zur Landtagswahl aufgrund erwartbarer Aussichtslosigkeit nicht anzutreten.

Tab. Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2001 – 1996 (Zweitstimmen)

Absolute Zahlen	25. März 2001		LTW 1996	
	Stimmen	Diff. zu 1996	Stimmen	
Wahlberechtigte WählerInnen	3.025.090	37.991	2.987.099	
Gültige Stimmen	1.879.960	-234.973	2.114.933	
SPD	1.833.846	-229.880	2.063.726	
CDU	820.160	-929	821.539	
FDP	647.238	-150.928	798.166	
Grüne	143.427	-40.999	184.426	
PDS	95.567	-47.098	142.665	
	-	-	-	
Anteile	%-Stimmen	Diff. zu 1996	%-Stimmen	
Wahlbeteiligung	62,1	-8,7	70,8	
SPD	44,7	4,9	39,8	
CDU	35,3	-3,4	38,7	
FDP	7,8	-1,1	8,9	
Grüne	5,2	-1,7	6,9	
PDS	-	-	-	
Mandatsverteilung	Mandate	Diff. zu 1996	Mandate	Diff. Zu 1991
Insgesamt	101	0	101	
SPD	49	6	43	-4
CDU	38	-3	41	1
FDP	8	-2	10	3
Grüne	6	-1	7	0
PDS	0	-	0	-

Quelle: Infratest dimap 2001a, S. 7f.

²⁶ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2001, Wahlbericht zum 13. Landtag in Baden-Württemberg 2001,

2. Ausgangslage und Wahlkampf

2.1. Wahlrechtliche Situation in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg werden Elemente der Persönlichkeitswahl mit den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem komplizierten regionalen Ausgleichssystem kombiniert.

Die Wählerinnen und Wähler geben bei der Landtagswahl nur eine Stimme ab, die jedoch zweimal gewertet wird. Zum einen wird ermittelt, wie viele Sitze einer Partei im Landtag zustehen, zum anderen wird festgestellt, welche Bewerber dieser Partei einen Parlamentssitz im Landtag erhalten. Es kommen grundsätzlich nur die Bewerber in den Landtag, die sich in einem Wahlkreis zur Wahl stellen, womit der Persönlichkeitswahl Rechnung getragen wird.

Bei der Berechnung der Sitzverteilung wird ein mehrstufiges Berechnungsverfahren angewendet, um eine Verhältnisgerechtigkeit zu erreichen. Die Gesamtzahl der landesweit erreichten Stimmen entscheidet, wie viele der mindestens 120 Abgeordnetensitze auf die Parteien entfallen, wobei Überhang- und Ausgleichsmandate vergeben werden. Dabei wird wie folgt vorgegangen:²⁷

1. Ermittlung der Wahlvorschläge, die in den 70 Landtagswahlkreisen die meisten Stimmen erhielten (Direktmandate).
2. Ermittlung der Wahlvorschläge, die über die Erstauteilung hinaus sonst noch bei der Sitzverteilung zu berücksichtigen sind. Dabei werden nur die Parteien einbezogen, auf die landesweit mehr als fünf Prozent entfielen.
3. Ermittlung der Zahl der Landtagsmandate, die auf die verbliebenen Parteien entfallen. Bei dieser Verhältnisrechnung wird nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren vorgegangen.
4. Verteilung der Sitze jeder Partei auf Basis des d'Hondtschen Höchstzahlverfahrens, verhältnisgerecht auf die vier Regierungsbezirke und unter Anrechnung der Direktmandate.
5. Im Falle, dass eine Partei in den Wahlkreisen eines Regierungsbezirks mehr Erstmandate errungen hat als ihr nach dem Verhältnisausgleich zustehen, bleiben diese als Überhangsmandate erhalten. Unter Berücksichtigung der Überhangsmandate wird dann wiederum nach d'Hondt ein neuer Verhältnisausgleich zur Errechnung der den anderen im Landtag vertretenen Parteien zustehenden Ausgleichsmandate vorgenommen.
6. In den Wahlkreisen, in denen die im Landtag vertretenen Parteien nicht die Stimmenmehrheit, aber die vergleichsweise höchsten absoluten Stimmzahlen erreicht haben, können schließlich die 50 Zweitmandate plus anfallende Überhang- und Ausgleichsmandate verteilen werden. Dabei ist nicht der relative Abstand zu direkt gewählten Abgeordneten eines Wahlkreises maßgeblich, sondern die absolute Zahl der errungenen Stimmen. Dies führt dazu, dass Bewerber der gleichen Partei dann mehr Chancen auf den Landtagseinzug haben, wenn sie in bevölkerungsreicheren Wahlkreisen angetreten sind.

2.2. Politische und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen

Auch die baden-württembergische Wirtschaft hat 2005 ihren moderaten Wachstumskurs fortgesetzt. Zwar sind, nach Aussage des Statistischen Landesamtes die Zeiten vorbei, in denen wie im Jahr 2000 ein wirtschaftliches Wachstum von knapp 4% erreicht wurde, aber mit einer Steigerungsrate des preisbereinigten BIP von 1,5% knüpfte der Südwesten an die Vorjahresentwicklung an und schloss das Jahr 2005 deutlich besser ab als Deutschland insgesamt und viele andere Bundesländer. Der Südwesten ist gemessen an der Wirtschaftsleistung das drittstärkste Bundesland. Ein höheres BIP wiesen nur Nordrhein-Westfalen mit knapp 490 Mrd. Euro und Bayern mit etwas über 400 Mrd. Euro auf.²⁸

²⁷ Vgl. Landtagswahlgesetz Baden-Württemberg GBl. S. 94.

²⁸ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2006, Wirtschaft Baden-Württembergs 2005 weiter auf Wachstumskurs, Mitteilung vom 17.02.2006, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Pressemitt/2006043.asp>.

Baden-WürttembergTREND: Kompetenzfelder Infratest c. map

Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei in Baden-Württemberg Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen?

Jeweils höchster Wert fett markiert	CDU	SPD	Grüne	FDP	Keiner Partei/weiß nicht
Den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg voranbringen	65	12	1	6	13
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	52	15	1	5	25
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	47	26	3	4	18
Für eine bessere Kinderbetreuung sorgen	33	34	11	2	17
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	28	36	5	5	20
Eine gute Umweltpolitik betreiben	20	10	50	3	16
Die Zukunftsprobleme Baden-Württembergs lösen	50	16	4	3	23

Fehlende Werte zu 100%: Sonstige Parteien/keine Angabe März 2006 Angabe in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Baden-Württemberg

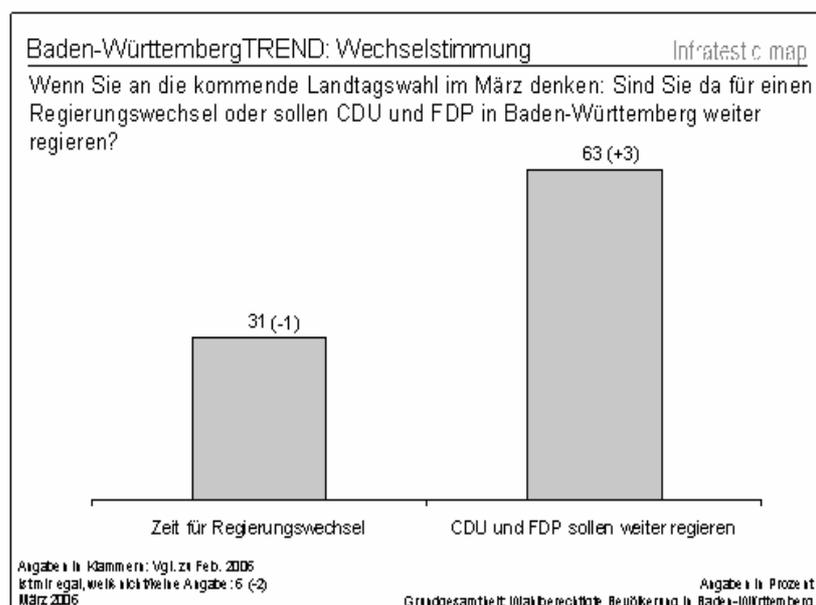
Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im vergangenen Jahr gegenüber dem Bund leicht unterdurchschnittlich um 9.900 bzw. 0,2% auf rund 5,4 Millionen. Damit gab es, gemessen am durchschnittlichen jährlichen Zuwachs der Erwerbstätigenzahl im Zeitraum der letzten 15 Jahre, 2005 nur wenige neue Arbeitsplätze im Land. Seit 1991 hat die Zahl der Erwerbstätigen im Land insgesamt um 292.900 zugenommen (+ 6%), was einem durch-

schnittlichen Zuwachs um 20.900 Erwerbstätigen pro Jahr entspricht. Die 9.900 neuen Erwerbstätigen entsprechen damit nicht einmal halb so vielen Arbeitsplätzen, wie sie im längerfristigen Mittel entstanden.

Obwohl Baden-Württemberg vergleichsweise gut dasteht, ist nach Auffassung vieler konservativer Ökonomen ein Sanierungsprogramm für die Finanzen dringend geboten. Fast 43% des Landeshaushalts werden für Personalkosten verbraucht, soviel wie in keinem anderen Bundesland. Angesichts dessen hat Oettinger das Ziel ausgegeben, die Kreditaufnahme 2011 zu beenden - frühere Regierungen steckten ähnliche Ziele, erreichten sie nicht und sparten letztlich am falschen Ende.

Die nichtsdestotrotz überwiegend positive Entwicklung im selbsternannten Musterlände, das bekanntermaßen „alles außer Hochdeutsch“ kann, konnte die unionsgeführte Landesregierung, vor allem jedoch der größere Koalitionspartner für sich verbuchen. In allen drei Zukunftsfeldern (Wirtschaft, Arbeit, Bildung) und bei der generellen Zukunftsfrage gelang es der CDU unter dem amtierenden Ministerpräsidenten Oettinger, Kompetenzwerte von knapp 50 bzw. 65% zu verbuchen. Darauf aufbauend orientiert sich der Nachfolger Teufels weniger an selbem, sondern eher am wirtschaftsfreundlichen Vorbild Lothar Späth, der ihn im Übrigen auch berät.

Eine Wechselstimmung zwischen Mannheim und Bodensee zuungunsten der seit zehn Jahren amtierenden Regierungskoalition aus CDU und FDP war in Stuttgart im Vorfeld der Landtagswahl nicht zu erwarten. Trotz der Probleme Oettingers, nach jahrelang andauerndem Warten auf den Rückzug Teufels nach langwierigen innerparteilichen Querelen und dem letztendlichen Durchsetzen gegen dessen Kronprinzessin, die heutige Bundesministerin Annette



Schavan, als Königsmörder zu gelten, der König wurde. Im Februar 2006 sprachen sich nur 31%, also weniger als ein Drittel für einen Regierungswechsel aus.

Knapp zwei Drittel befürworteten die Fortsetzung des schwarz-gelben Regierungsbündnisses. SPD und Grüne wiederum verfügen im westlichsten Süden über keine strategische Mehrheit. Der Stimmenanteil beider Parteien schwankt zwischen 38 und 42%, wobei Gewinn und Verlust untereinander ausgetauscht werden. Hintergrund ist die die ländliche und kleinstädtische Struktur Baden-Württembergs, da nur in den Großstädten Mannheim, Stuttgart und Heilbronn klassische SPD-Milieus und in Freiburg sowie Tübingen grün-nahe Milieus vorhanden sind.

2.3. Die Parteien und der Wahlkampf

Kurz vor der Wahl befürchteten, genauso wie in Rheinland-Pfalz, alle Parteien in Baden-Württemberg eine nur geringe Mobilisierung der eigenen Anhänger. Wahlforscher hielten sogar eine Wahlbeteiligung von weniger als 60 Prozent für möglich. Dies würde einen Trend fortsetzen, der seit Mitte der siebziger Jahre anhält. Seitdem ist die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Baden Württemberg von 75,5 Prozent (1976) auf 62,6 Prozent (2001) kontinuierlich zurückgegangen. Die Parteien setzten deshalb im Endspurt auf eigene Stärke, als Ursache wurde aber auch konstatiert, dass sich der stark verkürzte Landtagswahlkampf überwiegend langweilig und arm an Kontroversen präsentierte.

Nur wenige Themen standen im Vordergrund. An erster Stelle standen auch in BaWü Bildungspolitik und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Schon in seiner ersten Regierungserklärung im April 2005 hatte Oettinger (CDU) deutlich gemacht, dass die bessere Betreuung für Kleinkinder und der Ausbau der Ganztageschulen Vorrang haben sollen. Dabei setzte Oettinger freilich auf ehrenamtliche Jugendbegleitung, während die SPD mehr Lehrerstellen forderte.

Erheblich mehr Widersprüche wurden in der Energiepolitik deutlich, die traditionell eine große Rolle in Baden-Württemberg spielt. Da die Stromversorgung im Ländle zu 60% an der Atomenergie hängt, befürchtet die Union seit dem Atomkompromiss eine zu große Abhängigkeit des Landes von Stromimporten. Der Ministerpräsident hat deshalb mehrfach für längere Reaktorlaufzeiten plädiert und dabei insbesondere die anstehende Abschaltung der zwei großen Blöcke in Neckarwestheim und Philippsburg im Blick. Während Oettinger im Einverständnis mit dem liberalen Koalitionspartner fordert, die Meiler sollten länger am Netz bleiben und die Energieversorger die Gewinne aus diesem längeren Betrieb in die stärkere Nutzung erneuerbarer Energie investieren, sehen SPD und Grüne dahinter den generellen Wiedereinstieg in die Atomenergie.

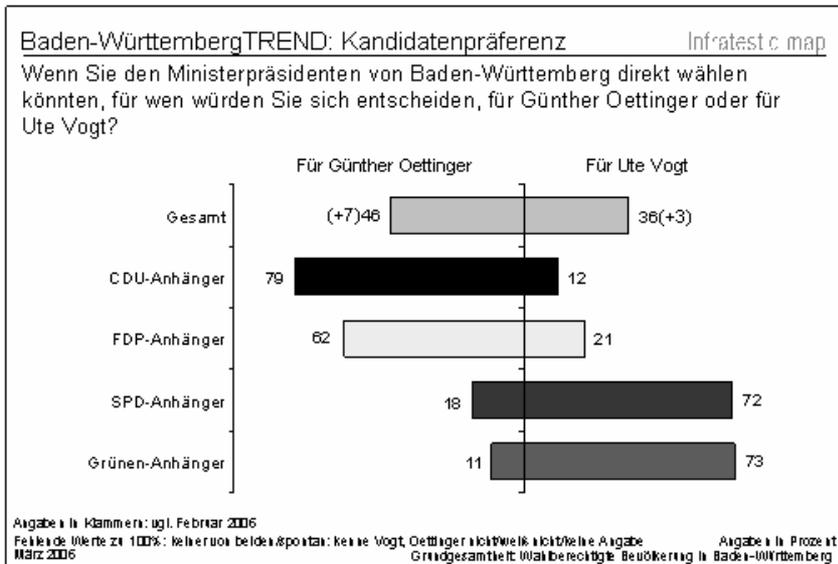
Aus Sicht der Grünen müssten Wind- und Wasserkraft, Erdwärme, Sonnenenergie und Biomasse stattdessen zügig ausgebaut werden, um das wirtschaftliche Rückgrat, die mittelständisch geprägten Handwerks- und Technologiefirmen im Südwesten zu befördern.

Tab. Umfragen zur Landtagswahl in BaWü seit Oktober 2005 (in%)

Institut	Datum	CDU	SPD	Grüne	FDP	WASG	Sonstige
Emnid	21.03.2006	45	29	10	9	2	5
Forschgruppe W.	17.03.2006	45	30	10	8	3	4
Infratest dimap	16.03.2006	46	28	10	9	2	5
IfM Leipzig	16.03.2006	43	31	10	9	2	5
Infratest dimap	02.03.2006	49	30	7	8	3	4
Allensbach	25.10.2005	45	30	8,5	8,5	4	4

In der Allensbach-Umfrage vom 25.10.2005 wurde statt nach WASG nach „Die Linke“ gefragt.
Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/baden-wuerttemberg.htm>

Nicht zuletzt mit Blick auf die Republikaner, die Anfang der neunziger Jahre mit mehr als 10% in den Landtag einzogen und der Südwest-CDU ein dauerhaftes Trauma verpassten, tobt seit Wochen ein emotionaler Streit über den Leitfaden, an dem sich Behörden im Land bei Gesprächen mit einbürgerungswilligen Ausländern - vornehmlich mit Muslimen - orientie-

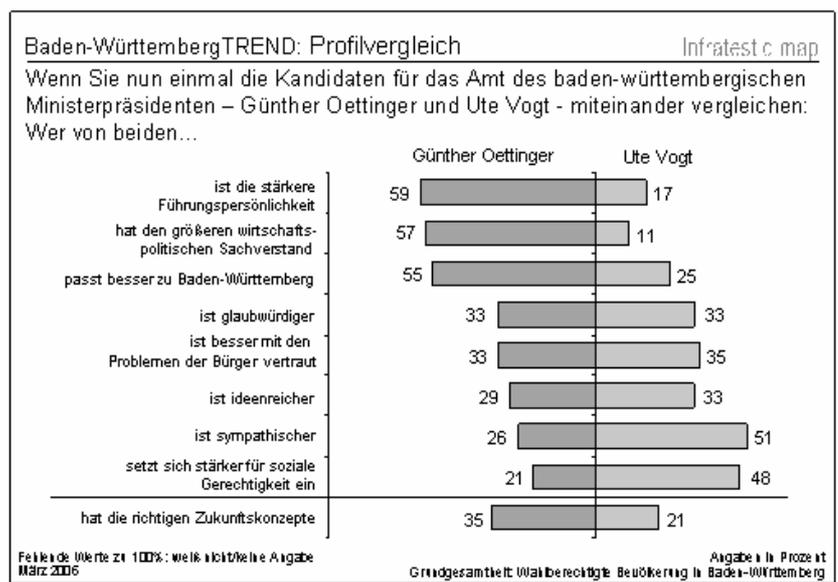


ren sollen. Oettinger sieht darin eine notwendige Prüfung der Verfassungstreue. Die FDP hat - allerdings nur halblaut - die Änderung einzelner Fragen angemahnt. SPD und Grüne kritisieren, die CDU versuche, Wählerstimmen am rechten Rand zu sammeln.

Zusammengefasst, gelang es Oettinger mit der Parole vom "Kinderland" und dem Plädoyer für Ganztagsbetreuung sich von seinem Vorgänger

Teufel abzugrenzen und nebenbei ein sozialdemokratisches Wahlkampfthema zu besetzen. Die **SPD** agierte in den vergangenen Wochen entsprechend verzweifelt. Sie griff Oettinger und dessen "soziale Kälte" an, thematisierte die Affären einzelner früherer Minister und setzte sich für ein Verbot von Studiengebühren ein. Die Schwierigkeiten dieser Strategie, für die 2,2 Mio. Euro eingesetzt wurden, wurden in der Zeit knapp zusammengefasst: „Es gibt ein Wahlplakat der SPD, auf dem sieben Köpfe zu sehen sind, sieben Minister der CDU/FDP-Koalition, allesamt in den vergangenen Monaten aus dem Amt geschieden, ganz unterschiedlicher Gründe wegen, darüber der empörte Slogan: »So werden wir regiert!« Diese Art Antiwerbung findet der grüne Alt-Realo Rezzo Schlauch eher lustig: „Man sieht die ganze Misere der SPD auf einen Blick. Statt zu sagen: Wunderbar, weg mit denen, wir machen es besser, kriechen sie in die Rolle der beleidigten Untertanen, denen man ihre Obrigkeit geklaut hat. In diesem Land erkennen selbst die Sozialdemokraten den ewigen Herrschaftsanspruch der CDU an“.²⁹

Seit zehn Jahren befindet sich die südwestdeutsche Sozialdemokratie, nach einer Legislaturperiode als Juniorpartner einer großen Koalition, in der Opposition. Nachdem die frühere Bundestagsabgeordnete und Staatssekretärin Ute Vogt vor fünf Jahren bei ihrem ersten Anlauf ein vergleichsweise gutes Ergebnis erzielt und die Sozialdemokraten über die 30%-Grenze gehoben hatte, lag die SPD zum Schluss zwischen 28 und 31%. Parteiintern blieben die Hoffnungen entsprechend bescheiden: eine "drei" vorne, so lautete die zwischen Hoffnung und Angst schwankende Perspektive. Vogts Beliebtheitswerte sind wiederum weitaus besser als die der SPD - während der Ministerpräsident mit frappierend miserablen Werten leben muss.



²⁹ Schmidt, Thomas E. 2006, Was fiept denn da?, in: Die Zeit Nr. 13, S. 6.

Nach der Wahl steht die SPD im Ländle wahrscheinlich vor einem vertrauten Problem: Sie hat nur wenige Posten zu vergeben. Ute Vogt geht davon aus, als Spitzenkandidatin auch den Fraktionsvorsitz einzunehmen. Dazu muss sie aber vor allem mit der Landtagsfraktion Einvernehmen demonstrieren und deren Vorsitzender Wolfgang Drexler wiederum verbindet mit Vogt eine gegenseitige Abneigung. Umso niedriger das Wahlergebnis ist, umso mehr wird Vogts Anspruch sinken.

Die **FDP/DVP** setzte sich vom Themen-Kanon ab und konzentrierte ihre 750.000 Euro schwere Wahlkampagne fast ausschließlich auf das Thema Mehrwertsteuer. Sie deklarierte die Landtagswahl zur "Volksabstimmung" über die Steuerpläne der Großen Koalition in Berlin. Wie in Rheinland-Pfalz warnte die FDP in den letzten Tagen vor der Wahl vor einer Alleinherrschaft der CDU. Eine CDU-Alleinregierung würde „nur am Gängelband einer Bundesregierung laufen“ und nicht die Interessen des Landes vertreten, sagte FDP-Generalsekretär Dirk Niebel beim Wahlkampfabschluss seiner Partei. Hintergrund war die Feststellung des CDU-Generalsekretärs Strobl, dass eine Leihstimmenkampagne für die FDP nicht nötig sei, weil der Koalitionspartner in Meinungsumfragen deutlich über fünf Prozent liege.

Die **Grünen** zeigten sich zuversichtlich, bei der Landtagswahl am Sonntag ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen. «Das haben wir dicke verdient», sagte Parteichefin Claudia Roth in Stuttgart. Damit dürfte, obwohl Baden-Württemberg immer wieder als das Bundesland im Gespräch war, in dem es zur ersten schwarz-grünen Regierung kommen könnte, auch diesmal nichts aus diesem Modell werden. Nicht einmal Sondierungsgespräche dürften die Grünen erwarten, hielten sich aber ein Hintertürchen offen: "Wenn wir stärker werden und drittstärkste Kraft, erst dann wandern schwarz-grüne Überlegungen aus dem Sandkasten in den Lichtkegel der Realität.", sagte Kretschmann vor der Wahl zur "taz".

Die **WASG** hatte nach den Prognosen kaum Chancen, den Einzug in den Landtag zu schaffen. 32 Seiten umfasste ihr gemeinsam mit der Linkspartei.PDS verabredetes Wahlprogramm. Soziale Gerechtigkeit, mehr Jobs und Arbeitszeitverkürzung, öffentliche Investitionen statt Privatisierung und mehr Demokratie wurden wie in Mainz ins Zentrum gestellt. Die Kooperation mit der Linkspartei.PDS klappte nach WASG-Aussage gut und im Unterschied zum WASG-Bundesvorstandsmitglied Klaus Ernst, der befürchtete, die Auseinandersetzungen zwischen WASG und Linkspartei in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sei schädlich gewesen, wollte Wilfried Telkämper, einer der Spitzenkandidaten in Baden-Württemberg, dies nicht bestätigen.³⁰

3. Das Wahlergebnis vom 26. März 2006

3.1. Allgemeine Einschätzung und erste Ergebnisse

Bei der gestrigen Landtagswahl hatte die **CDU** auf hohem Niveau ein nur leichtes Minus von 0,6 Prozentpunkten gegenüber der Landtagswahl 2001 zu verzeichnen und erreichte 44,2 % der gültigen Wählerstimmen. Das war das zweitbeste Ergebnis der CDU bei einer Landtagswahl seit 1992.

Die **FDP** steigerte ihr Resultat von 2001 um 2,6 Prozentpunkte und erzielte mit 10,7 % der gültigen Stimmen erstmals seit 1968 wieder ein zweistelliges Wahlergebnis.

Vor allem die **GRÜNEN** hatten Stimmengewinne zu verbuchen: Sie kamen mit einem Plus von 4,0 Prozentpunkten auf 11,7 % und erreichten zwei ihrer Wahlziele: Zuwachs und Zweistellig. Mit diesem Wahlergebnis haben die GRÜNEN aber vor allem ihr Hauptwahlziel, die Position als dritte politische Kraft im Land zurück zu erobern, erreicht.

³⁰ Strohschneider, Tom 2006, Hoffen auf ein Wunder, in: Neues Deutschland vom 25.03.2006, <http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=87839&IDC=2>.

Die **SPD** hatte hingegen deutliche Stimmenrückgänge zu verzeichnen: So kamen die Sozialdemokraten bei einem Minus von 8,1 Prozentpunkten auf 25,2 % der gültigen Wählerstimmen. Die SPD konnte damit nicht an den Wahlerfolg von 2001 anknüpfen und schnitt bei der gestrigen Wahl mit ihrem zweitniedrigsten Ergebnis bei einer Landtagswahl ab.

Die **WASG**, die erstmals bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg angetreten war, scheiterte mit 3,1 % an der 5 %-Hürde.

Auf alle anderen Parteien entfielen insgesamt 5,3 % der Stimmen.

Nach Auffassung der Forschungsgruppe Wahlen liegen die Gründe für den CDU-Erfolg neben der günstigen Bundesstimmung auch im Land selbst: Für ihre Arbeit in der CDU/FDP-Landesregierung erhält die CDU auf der +5/-5-Skala (sehr zufrieden bis sehr unzufrieden) die gute Note 1,3 (2001: 1,4), während die SPD in der Opposition bei nur 0,6 stagniert. Die FDP wird für ihre Arbeit mit 0,5 (2001: 0,9) jetzt schlechter, die Grünen dagegen mit 0,0 (2001: minus 0,3) leicht besser als vor der letzten Wahl bewertet.

Die Ergebnisse bei der Leistungskritik basieren auf einem Standortvorteil, der politisch eindeutig mit der größeren Regierungspartei verknüpft wird: 85 Prozent der Wahlberechtigten sehen das Land ökonomisch besser als die anderen Westländer positioniert. Dabei setzen 49 Prozent der Befragten in Wirtschaftsfragen auf die CDU und lediglich elf Prozent auf die SPD, die im Land mit den wenigsten Arbeitslosen auch bei der Kompetenz für neue Jobs klar das Nachsehen hat (CDU: 41 Prozent; SPD: 12 Prozent)

Gleichzeitig gelingt es der SPD in Baden-Württemberg nicht, ihre erheblichen sachpolitischen Defizite mit ihrer Spitzenkandidatin zu kompensieren: Zwar wurde Herausforderin Ute Vogt (SPD) ähnlich wie vor fünf Jahren im Vergleich zu Erwin Teufel (CDU) deutlich sympathischer bewertet als der Ministerpräsident, Günther Oettinger (CDU) hingegen gilt gegenüber Ute Vogt als viel sachkundiger. Letzlich wollten 47 Prozent Günther Oettinger und 35 Prozent Ute Vogt (SPD) als Ministerpräsident/-in.

Das hervorragende CDU-Ergebnis wird einmal mehr von der großen Gruppe der über 60-jährigen Wähler gestützt, wo die CDU 55 Prozent erzielt, aber auch bei jüngeren Wählern noch klar vor der SPD liegt. Die SPD verliert bei den 30- bis 44-Jährigen mit minus 13 Prozentpunkten besonders stark, hat aber auch bei den Arbeitern (minus zehn) hohe Verluste. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern bleibt die SPD mit 42 Prozent stärkste Partei. Bei den Selbstständigen ist die FDP inzwischen sichtbar stärker als die SPD, wobei auch in dieser Gruppe die CDU klar dominiert.

In Koalitionsfragen setzen die meisten Befragten auf Kontinuität, denn 50 Prozent fänden die Bildung einer schwarz-gelben Regierung grundsätzlich gut. Während aber auch eine große Koalition 45 Prozent positiv bewerten, ist es für Schwarz-Grün wohl nicht nur politisch zu früh: Von den Wahlberechtigten unterstützen nur 25 Prozent diese Variante.³¹

Eine tiefergehende Analyse des WASG-Wahlergebnisses kann in einer Wahlnightberichterstattung nicht vorgelegt werden, da das Statistische Landesamt BaWü und auch Infratest dimap keine tiefergehenden qualifizierten Daten bereitstellten, die im Rahmen dieser Darstellung nutzbar sein konnten.

³¹ Forschungsgruppe Wahlen 2006, Erste Wahlanalyse Baden-Württemberg: CDU klar bestätigt, http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/LTW_Bade06/

Tab. Stimmenergebnisse der WASG in Baden-Württemberg nach Wahlkreisen

Nr.	Kreis	Erststimme	
		Stimmen	in %
01	Stuttgart I	1.742	3,7
02	Stuttgart II	1.552	2,6
03	Stuttgart III	1.874	3,6
04	Stuttgart IV	1.492	3,4
05	Böblingen	2.004	3,1
06	Leonberg	2.310	2,9
07	Esslingen	1.523	2,5
08	Kirchheim	1.544	2,4
09	Nürtingen	1.892	2,4
10	Göppingen	1.873	3,6
11	Geislingen	1.483	3,3
12	Ludwigsburg	2.021	3,1
13	Vaihingen	1.719	2,6
14	Bietigheim-Bissingen	1.860	2,5
15	Waiblingen	1.320	2,2
16	Schorndorf	1.227	2,1
17	Backnang	992	2,1
18	Heilbronn	1.323	3,3
19	Eppingen	1.663	2,5
20	Neckarsulm	1.485	2,6
21	Hohenlohe	1.360	2,7
22	Schwäbisch Hall	1.565	2,6
23	Main-Tauber	1.729	3,2
24	Heidenheim	1.719	3,3
25	Schwäbisch Gmünd	1.440	2,7
26	Aalen	3.384	5,1
Regierungsbezirk Stuttgart Gesamt		44.096	2,9
27	Karlsruhe I	1.998	3,9
28	Karlsruhe II	1.949	4,2
29	Bruchsal	1.385	2,4
30	Bretten	1.861	3,2
31	Ettlingen	1.835	3,6
32	Rastatt	1.987	3,7
33	Baden-Baden	1.233	2,8
34	Heidelberg	2.083	4,3
35	Mannheim I	2.579	6,9
36	Mannheim II	2.356	4,8
37	Wiesloch	1.662	3,4
38	Neckar-Odenwald	1.539	2,7
39	Weinheim	2.262	3,8
40	Schwetzingen	2.032	4,3
41	Sinsheim	1.642	3,2
42	Pforzheim	2.104	5,5
43	Calw	1.847	3,1
44	Enz	2.474	3,4
45	Freudenstadt	819	1,8
Regierungsbezirk Karlsruhe Gesamt		35.647	3,7
46	Freiburg I	2.021	3,2
47	Freiburg II	3.300	6,9
48	Breisgau	1.790	2,7
49	Emmendingen	1.718	2,9
50	Lahr	1.424	2,9
51	Offenburg	1.219	2,6
52	Kehl	1.348	2,8
53	Rottweil	990	1,8
54	Villingen-Schwenningen	1.332	2,3
55	Tuttlingen-Donaueschingen	1.546	2,4
56	Konstanz	1.969	4,1
57	Singen	1.462	3,1
58	Lörrach	1.845	2,9
59	Waldshut	1.473	2,4
Regierungsbezirk Freiburg Gesamt		23.437	3,0
60	Reutlingen	2.408	3,4
61	Hechingen-Münsingen	1.683	2,6

62	Tübingen	3.001	3,8
63	Balingen	1.146	2,1
64	Ulm	1.982	3,3
65	Ehingen	1.359	2,5
66	Biberach	1.589	2,2
67	Bodensee	1.855	2,6
68	Wangen	1.161	2,2
69	Ravensburg	1.379	2,3
70	Sigmaringen	1.087	2,2
Regierungsbezirk Tübingen Gesamt		18.605	2,7
Baden-Württemberg		121.785	3,1

Die Kommunalwahl in Hessen: So viel linke Kommunalpolitik war in Hessen lange nicht

1. Ausgangsbedingungen

1.1. Rückblick: Die Kommunalwahl vom 18. März 2001

Trotz ihres Parteispenskandals gelang der CDU unter Koch ein überraschend klarer Erfolg bei den Kommunalwahlen 2001. In den großen Städten wurde die Union fast durchgängig zur stärksten Fraktion.

Die Wahlforscher bewerteten den CDU-Sieg einerseits als persönlichen Erfolg Kochs, andererseits aber auch als eine Trotzreaktion der Union-Anhängerschaft, die ihre Partei zu stark an den Pranger gestellt habe.

Der damalige SPD-Generalsekretär Franz Müntefering bezeichnete das Abschneiden seiner Partei als "gemischt". Die Sozialdemokraten hätten sich insgesamt als stabil erwiesen und leicht zugenommen. Es zeigte sich jedoch, dass es der Union im Vergleich zu den Sozialdemokraten besser gelungen war, ihre Wähler und Sympathisanten zu mobilisieren.



Landesweit verbesserte sich die CDU auf 39,2 Prozent der Stimmen (plus 6,2 Punkte). Die SPD legte leicht um einen Punkt auf 39 Prozent zu. Die Grünen fielen um 2,4 Punkte auf 8,6 Prozent zurück. Auch die FDP gewann 0,9 Punkte, blieb aber mit 4,9 Prozent dennoch unter ihren Erwartungen. Gleichwohl war damit eine Verdreifachung der Zahl ihrer Mandate verbunden. Der maßgebliche Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde ermöglichte dies.

Vom Wegfall der Sperrklausel profitierte auch die PDS. In Hessen konnte die PDS 18 Kommunalparlamentarier entsenden.

Schwere Verluste mussten die Republikaner konstatieren, die 4,1 Punkte absanken und nur noch auf 2,5 Prozent der Stimmen kamen. Die rechtsradikalen Parteien, die in den 90er Jahren in den hessischen Kommunen sehr stark waren, sackten wieder auf das Niveau von Splittergruppen ab.

Die Wahlbeteiligung erreichte mit 53,1 Prozent ein historisches Tief. Dies führte Reinhard Schlinkert von infratest-dimap auf das komplexe Wahlsystem zurück. Denn mit der Kommunalwahl 2001 wurde in Hessen dem Beispiel des Nachbarlandes Rheinland-Pfalz folgend die Möglichkeit des Kumulierens und des Panaschierens eingeführt.³² Nunmehr besteht die Möglichkeit, die Stimmen zwischen den Bewerbern verschiedener Listen zu verteilen, einzelne Bewerber von den Listen zu streichen oder ihnen bis zu drei Stimmen zu geben. Die Wähler können so seitdem auf die Zusammensetzung der Fraktionen nach der Wahl Einfluss nehmen.

³² Ausführliche Informationen zum Kumulieren und Panaschieren in Hessen finden sich hier: [http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunalwahlrecht_\(Hessen\)#Kumulieren_und_Panaschieren](http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunalwahlrecht_(Hessen)#Kumulieren_und_Panaschieren)

1.2. WASG und Linkspartei.PDS im Kommunalwahlkampf Hessen

Zu den Kommunalwahlen hatten sich WASG und Linkspartei prinzipiell auf einen gemeinsamen Wahlantritt sowie eine weitgehend flächendeckende Kandidatur verständigt. Damit wurde im Vergleich zu den bisherigen Kommunalwahlen ein wesentlicher Schritt getan.

Insgesamt mobilisierten beide Parteien 1.417 Kandidatinnen und Kandidaten, die in 25 Kreisen und kreisfreien Städten sowie in 30 weiteren Gemeinden zur Wahl antraten.³³

Zum Vergleich: Bei der Kommunalwahl 2001 stellte die PDS in Hessen insgesamt 220 Kandidatinnen und Kandidaten auf, von denen die Hälfte parteilos war. Der damalige Wahlkampf wurde auf die fünf Schwerpunktstädte - Frankfurt/Main, Kassel, Marburg, Offenbach und Gießen geführt.

Fast überall stellten beide Parteien gemeinsame Listen auf. Zwei Drittel dieser Wahllisten trugen den Namen „Die Linke.WASG“ oder „Die Linke.“. Dabei wurde in Städten mit bestehenden Fraktionen wurden die Namen wie z.B. „Marburger Linke“ oder „Linke Liste Wiesbaden“ beibehalten.

Dieser Prozess war mit viel Überzeugungsarbeit und durchaus immer wieder auch mit Rückschlägen und Problemen aufgrund politischer Eigeninteressen der beteiligten lokalen Akteure verbunden. Erschwerend kam hinzu, dass vielfach versucht wurde, bestehende linke Wählervereinigungen und Einzelpersonen in den Kandidaturprozess einzubeziehen, um eine möglichst breite Wahlmobilisierung sowie Erweiterung des Stimmenspektrums zu erreichen.

Programmatisch stellten beide Parteien im Wahlkampf die vom Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Oskar Lafontaine, als Schwerpunktthema benannte Kritik an der Privatisierung öffentlicher Unternehmen in den Mittelpunkt.

Darüber hinaus wurde an die Hartz IV-Proteste und damit an Themen des Bundestagswahlkampfes 2005 angeknüpft. Neben der grundsätzlichen Forderung an den Bundesgesetzgeber, die Hartz-Gesetze zurückzunehmen, wurde kommunalpolitisch dafür geworben, auf den Einrichtung von 1-Euro-Jobs zu verzichten sowie durch eine großzügige Auslegung des gesetzlichen Spielraums sicherzustellen, dass Arbeitslose nicht zur Aufgabe ihrer Wohnung gezwungen werden. Letztlich forderten beide Parteien die Errichtung kommunaler Notfonds, um Leistungskürzungen etwa im Gesundheitsbereich auszugleichen.

2. Das Wahlergebnis vom 26. März 2006

Die CDU ist aus der hessischen Kommunalwahl als stärkste Partei hervorgegangen. Nach dem Trendergebnis vom späten Sonntagabend kam die Union bei einer extrem niedrigen Wahlbeteiligung von 45,6 % auf landesweit 38,8 % (+0,7 %). Die SPD ist der große Verlierer mit 34,5 % (-4,0 %). Erstmals seit 1981 ist die CDU damit wieder die Nummer eins im Land. Die Sozialdemokraten gaben vor allem an die linken Gruppierungen ab.

Die Union war in den großen Städten des Südens stärker als die SPD und auch in den meisten Landkreisen hat die CDU hinzugewonnen. Dagegen verlor die SPD ausnahmslos in allen Kreisen, am stärksten in Darmstadt-Dieburg (-6,3 %) und Schwalm-Eder (-5,2 %).

Die Grünen landeten bei 9,5 %, die FDP bei 5,6 %. Beide verbesserten sich um jeweils 0,4 %. Die unterschiedlichen Wählergruppen brachten es laut Statistischem Landesamt auf 8,1 % (+ 2,3 %). Republikaner mit 1,7 % und NPD mit 0,4 % spielten keine bedeutende Rolle.

Die Wahlbeteiligung sank landesweit um 7,3 % auf 45,6 % und damit auf den niedrigsten Stand in der Geschichte des Landes. In Frankfurt füllten nur 40,4 % der Wahlberechtigten

³³ Gemeinsame Pressemitteilung von Linkspartei.PDS und WASG Hessen. <http://www.die-linke-hessen.de/00000095a21470201/00000097511008c01.html>.

die handtuchgroßen Stimmzettel aus, das waren 5,7 % weniger als vor fünf Jahren. In Offenbach gingen nur 31 % der Berechtigten zur Urne, in Marburg immerhin noch 47 %.

Das komplizierte Wahlsystem ist nach Auffassung des Marburger Politikwissenschaftlers Norbert Kersting mit ein Grund für die geringe Wahlbeteiligung. Das für kleine Orte geeignete Verfahren sei möglicherweise für die großen Städte nicht das Richtige, sagte der Wissenschaftler im hr-fernsehen.

Linkspartei und WASG wollen nach ihrem erfolgreichen Debüt bei der Kommunalwahl auch im Landesparlament mitreden. Linkspartei-Sprecher Achim Kessler kündigte die Kandidatur der Gruppierung bei der nächsten Landtagswahl an. Die Ergebnisse vom Sonntag zeigten, dass es für das Projekt einer neuen linken Partei in Hessen eine solide Basis gebe.

In mehreren Städten, darunter Frankfurt, Offenbach, Kassel, Marburg und Gießen hat die Linkspartei voraussichtlich die 5-Prozent-Hürde genommen. Kessler gab sich überzeugt, dass dies auch bei der Landtagswahl gelingen werde.

Tab. Die Kommunalwahlergebnisse (Trend!!!) für WASG und Linkspartei im Vergleich zu 2001 und 2005

Kreise, Städte	Listenname ¹⁾	Komm-Wahl 2006			BT-Wahl 2005 ²⁾		Komm-Wahl 2001 ³⁾		
		Stimme	%	Sitze	Stimme	%	Stimme	%	Sitz
Bergstrasse	WASG				6.617	4,3	-	-	-
Heppenheim	WASG		5,1		648	4,4	-	-	-
Lampertheim	Die Linke.WASG				981	5,2	-	-	-
Darmstadt ⁴⁾	Die Linke.		2,2		4.380	5,9	652	1,3	1
Darmstadt ⁴⁾	WASG		1,8		-	-	-	-	-
Darmstadt-Dieburg	Die Linke.WASG				8.007	4,8	-	-	-
Reinheim	DKP	15,7			627	6,1	695	9,2	3
Frankfurt/Main	Die Linke.WASG	6,5			19.386	6,7	4.226	2,3	2
Fulda-Kreis	Die Linke. O. List.				5.825	4,6	-	-	-
Fulda	Die Linke.Off. List.	3,0			1.593	4,8	-	-	-
Gersfeld	Linke Bürgerliste	6,4			241	7,0	240	9,0	3
Gießen-Kreis	Die Linkspartei.				8.715	5,6	-	-	-
Gießen	Die Linkspartei.	6,0			2.671	7,2	918	3,8	2
Groß-Gerau Kr.	Die Linke. O. List.				6.824	5,1	1.649	1,8	1
Groß-Gerau	Die Linke.Off. List.	5,0			666	5,2	-	-	-
Mörfelden-Walld.	DKP-Linke Liste	11,2			1.090	6,5	979	8,3	4
Nauheim	Die Linkspartei.				291	4,6	-	-	-
Rüsselsheim	Die Linke/Liste Sol	5,1			1.494	5,3	499	2,6	1
Hersfeld-Rotenburg	Un. Wahlalter. /Die Linkspart.	0,9			4.169	5,4	-	-	-
Hochtaunuskreis	Die Linke.WASG				5.469	4,0	-	-	-
Bad Homburg	Die Linke.WASG	1,5			1.119	3,7	-	-	-
Friedrichsdorf	Linke Liste	0,8			639	4,4	-	-	-
Kassel-Kreis	WASG				8.681	5,6	-	-	-
Kassel	Die Linke.ASG	6,5			7.678	7,5	2.003	3,2	2
Hofgeismar	WASG	5,5			487	5,3	305	4,3	2
Schauenburg	Die Linke.WASG	1,4			369	5,4	-	-	-
Lahn-Dill-Kreis	WASG				8.270	5,8	-	-	-
Herborn	WASG	4,2			644	5,8	-	-	-
Limburg-Weilburg	WASG.Die Linke				4.535	4,5	-	-	-
Main-Kinzig-Kr.	Die Linkspartei.				12.403	5,5	1.569	0,9	1
Hanau	Die Linkspartei.	6,0			2.487	6,1	-	-	-
Maintal	WAM	7,0			1.128	5,7	-	-	-
Gelnhausen	Die Linkspartei.	6,5			705	5,5	-	-	-
Wächtersbach	Die Linkspartei.				416	6,1	-	-	-
Main-Taunus-Kr.	Die Linke.				4.918	3,7	-	-	-
Eschborn	Die Linke.	5,6			483	4,2	-	-	-
Hochheim	Grün-Altern. Liste	8,2			379	3,7	-	-	-
Marburg-Biedenkopf	Die Linkspartei.				8.758	6,2	2.367	2,4	2
Marburg	Marburger Linke	8,7			3.229	7,8	1.738	6,4	4
Neustadt	Die Linkspartei.				204	4,1	-	-	-
Wetter	Die Linkspartei.	3,1			364	6,4	-	-	-

Odenwaldkreis	Die Linke.WASG			3.210	5,7	-	-	-
Offenbach-Kreis	Die Linkspartei.			8.237	4,4	-	-	-
Offenbach	Die Linkspartei.	6,2		3.115	6,5	846	2,8	2
Dietzenbach	Linke Liste			839	5,5	-	-	-
Schwalm-Eder	Die Linke.WASG			6.861	5,9	-	-	-
Schwalmstadt	Die Linke.WASG	4,6		589	5,6	-	-	-
Vogelsberg	Die Linke.WASG			3.829	5,5	-	-	-
Waldeck-Franken.	Die Linkspartei.			5.050	5,2	-	-	-
Bad Wildungen	Die Linkspartei.	1,8		523	5,3	-	-	-
Werra-Meißner	Linksbündnis			4.453	6,5	-	-	-
Hess.-Lichtenau	Alternative Liste	3,8		468	6,0	345	6,2	2
Wetterau	Die Linke.WASG			8.312	4,9	523	0,5	-
Bad Vilbel	Die Linkspartei.	4,0		742	4,0	-	-	-
Butzbach	Die Linke.WASG	4,0		704	5,3	-	-	-
Friedberg	Die Linke.WASG	3,9		728	5,0	137	1,5	1
Rosbach	Die Linke.WASG	5,7		359	5,2	-	-	-
Wiesbaden	Linke Liste	3,2		7.127	5,1	1.533	1,7	1

¹⁾ Der Listenname bezieht sich auf die Kommunalwahl 2006; ²⁾ Das Bundestagswahlergebnis bezieht sich auf die Linkspartei.PDS; ³⁾ Die Ergebnisse der Kommunalwahl 2001 beziehen sich auf personenidentische Listen, die z.T. andere Namen trugen; ⁴⁾ In Darmstadt traten Linkspartei und WASG konkurrierend an. Auf die Liste der Linkspartei (früher DKP-PDS) kandidierten DKP- und WASG-Mitglieder.

Die Autoren:

- **Benjamin-Immanuel Hoff** (1976) ist Sozialwissenschaftler und tätig als Leiter der Bundesländer-Koordination der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Seit 1995 und bis Herbst 2006 gehört er als Mitglied der PDS-Fraktion dem Abgeordnetenhaus von Berlin an.

Kontakt: benjamin.hoff@linksfraktion.de bzw. <http://www.benjamin-hoff.de>

- **Dr. Thomas Falkner** (1959) ist Journalist und seit 2004 tätig als Grundsatzreferent beim Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt. Davor war er über mehrere Jahre Leiter des Bereichs Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS.

Kontakt: thomas.falkner@pds.lt.lsa-net.de bzw. <http://www.thomasfalkner.de>